



Merkels Flüchtlingspolitik

Wie aus politischen Fehlern und Versäumnissen politische Schuld entsteht

Reinhard Crusius

Zitation: Crusius, Reinhard (2016): *Merkels Flüchtlingspolitik. Wie aus politischen Fehlern und Versäumnissen politische Schuld entsteht*, in: *Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft*

© 2016 bei www.kritiknetz.de. Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Einleitung

Im folgenden Aufsatz zur Flüchtlingsproblematik geht es mir darum, die innenpolitischen Probleme und unvermeidliche gesellschaftliche und haushaltspolitische Konsequenzen vor allem bezüglich der sozialen Gerechtigkeitsproblems bei der Lastenverteilung aufzuzeigen. Der jüngste CDU-Parteitag hat mich alarmiert, vor allem die fast totale und bei der Brisanz des Themas gefährliche Aufgabe innerparteilicher Willensbildung und die auch von den Medien fast kritiklos bewunderte Rede der Kanzlerin, die in ihrer strategischen Inhalts- und Konzeptionslosigkeit und in ihrem nur im Berliner Treibhaus gedeihenden unstrukturierten Machbarkeits-, ja Größenwahn, in ihrer besorgniserregenden Ferne von den „Realitäten der Ebene“ für mich ein Garant eines kommenden „grandiosen Scheiterns“ ist. Man nehme nur diesen Satz: „*Es gehört zur deutschen Identität, dass wir Großes leisten können, und deshalb schaffen wir auch diese Herausforderung!*“ Also: „*Wir schaffen das!*“ in einer neuen „nationalgenetischen“ Überhöhung; sonst wenig Neues, sieht man von den Einschränkungen „natürlich nicht alleine“ und dem praktisch inhaltsleeren Mantra „*die Ursachen bekämpfen ab. Schon, dass „die Herausforderungen und Probleme der Globalisierung nun auch uns erreichen*“, zeigt die eigentlich passive Sicht von Geschichte dieser angeblich mächtigsten Frau der Welt. Dass wir die Globalisierung ganz wesentlich – und i.d.R. zu Lasten der ärmeren Länder, aus denen die Flüchtlinge kommen (!) – aktiv gestalten, sieht sie nicht oder will sie nicht sehen. Meine Vermutung, dass wir es so eben nicht schaffen, hat sich inzwischen, vor allem durch die Silvester-Ereignisse, fast zur Gewissheit verhärtet. Dieser Aufsatz soll also ein Weckruf sein, denn ein Scheitern der Integration macht aus diesem Land ein sehr unwirtliches, das dann, werte Frau Bundeskanzlerin, nicht mehr mein Land wäre. Schließlich gibt es neben der riesigen ehrenamtlichen Hilfsbereitschaft und dem fast grenzenlosen Einsatz kommunaler Beschäftigter auch die immer greller flackernden Flammenzeichen Rechts, den immer größer werdenden Abschied von demokratischen Tugenden und menschlichem Anstand dort! Und dazu die unumgängliche Erkenntnis: Was wir jetzt falsch machen, hat noch mindestens 20 Jahre schmerzhafte „Nebenwirkungen“!

I. Einige grundsätzliche Feststellungen nach vier Monaten „Merkelscher Willkommenspolitik“

(1) Ich schreibe das Wort „Merkelsche Willkommenspolitik“ in Anführungszeichen, da die Willkommensarbeit ja nicht in Berlin, sondern vor Ort gemacht wird, völlig unabhängig von und trotz Berliner Behinderungen. Was Merkel tat, entpuppt sich inzwischen als ein aus dem Ruder gelaufenes „Wegziehen der Bremsklötze“ und danach das bei ihr übliche „Nun macht mal schön“! Die puren Zahlen stellen eine neue Qualität der Herausforderung dar, d.h., die bisherige fast ausnahmslos ehrenamtliche Problembewältigung an der Basis ermüdet irgendwann, bröckelt ab angesichts des Sisyphos-Charakters; die kommunalen, personellen und materiellen Ressourcen sind fast überall ausgereizt, und die organisatorischen und materiellen Dimensionen erreichen ein Ausmaß, von dem „die da oben in Berlin“ noch immer keine rechte Ahnung haben. Das ist sichtbar auch an den völlig unzureichenden finanziellen Trostpflastern, die man dort verteilt nach unten und nach außen. Die Diskrepanz zwischen der Realität vor Ort (und in den Krisenregionen) und der Wahrnehmung in Berlin, deutlich auch an dem monatelangen parteipolitischen Hickhack, während unten die „Hecke brennt“, und an der Weihrauch-Veranstaltung CDU-Parteitag im Dezember 2015, ist zunehmend beängstigend. Und wenn machtpolitisch instrumentierte Parteitage diese Wahrnehmungslücken noch verstärken, und die Medien am „Grauen Star“ leiden, wird es gefährlich. Auf der Bundespressekonferenz vom 18.12.2015 betonte de Maiziere z.B. noch einmal, dass wir aktuell und auch im nächsten Jahr keine Probleme haben werden, die Aufgaben finanziell zu bewältigen, ohne neue Schulden oder Steuern. Die aktuelle Neujahrsansprache der Kanzlerin hat mich darin noch mal bestärkt.

(2) Die Diskussion findet in den höheren Parteigremien viel zu sehr medien- bzw. wahltaktisch statt – ein Alarmsignal für eine demokratische Bewältigung dieser „Jahrhundertaufgabe“ –, und sie ist immer noch ziemlich ideologisch verkantet, vor allem auch in den Medien. Die hässliche Pegida-Fratze verhindert leider eine unbefangene Diskussion. Ich setze mich hier jedoch mit dem offenen Fremdenhass nicht auseinander, dieser, bezogen auf den deutschen Osten, so eigenständliche „Fremdenhass ohne Fremde“, der mich an ein Wort erinnert, dessen Urheber ich nicht kenne: „Für Antisemitismus braucht man keine Juden, man braucht nur Antisemiten.“ In Bezug auf die Entwicklung bei uns und in Europa, angesichts einer schlecht „gemanagten“ Flüchtlingspolitik, ist Pegida natürlich ein Warnsignal, vor allem auch auf dem Hintergrund einer seit Jahren politisch gesteuerten Entsolidarisierung unserer Gesellschaften. Die Aussage z.B., dass entsprechend ihres Amtseides für unsere Mandatsträger das Wohl unserer Bürger Vorrang zu haben hat, wirkt in vielen Ohren fast schon fremdenfeindlich. Die Aussage, dass wir die Notleidenden bei uns nicht vergessen und nicht in eine Konkurrenz mit den Flüchtlingen treiben dürfen, wird als Aufwiegelung zum Sozialneid interpretiert (so Frau Göring-Eckardt im Bundestag zu entsprechenden Warnungen von Sarah Wagenknecht), und Jens Spahn von der CDU wird kritisiert, weil er – und zwar ausdrücklich als Hinweis auf Integrationsnotwendigkeiten von beiden Seiten – das rein statistische Faktum aufzählt, dass unsere Republik durch die Millionen Flüchtlinge wohl erst einmal und in Graden jünger, muslimischer, religiös intoleranter, chauvinistischer, homophober, antisemitischer und konfliktträchtiger wird.

Ja – wie wollen wir denn integrieren, wenn wir nicht wissen oder ahnen, was zu tun ist,

zumal Integration ganz wesentlich ein interpersonaler Akt ist, also viel Kontakt, viele Menschen braucht! Grölende Nazis und Pegida- Dumpfheiten dürfen uns nicht verbieten, darüber zu reden, dass es reale Schwierigkeiten und politische, organisatorische und materielle Notwendigkeiten gibt, wenn „fremde“ Zuzüge in dieser Masse und in diesem Tempo in bestehende soziale, politische, religiöse, kulturelle Gemeinschaften stattfinden, und dass diese Schwierigkeiten „explosiv“ werden können, wenn diese Prozesse aus Blauäugigkeit, Ignoranz, Zynismus und neoliberaler Staatsauszehrung nicht politisch, organisatorisch und materiell abgesichert – vor allem, wenn sie nicht offen kommuniziert werden. Die Silvester-Ereignisse in Köln, Hamburg, Stuttgart – und von den überregionalen Medien kaum bemerkt, vielen anderen deutschen Städten, z.B. Bielefeld – mögen uns doppelt warnen: (a) dass sie geschahen, (b) wie sie „verklemmt“ bearbeitet wurden, z.B. von den Polizeiführungen. Eingeklemmt zwischen Rosa-Brillen-Trägern (und damit meine ich nicht die Aktivisten „vor Ort“) und Pegida-Hetzern ist es schwer, die Dinge unverkrampft zu diskutieren – eine gefährliche Situation in einer Demokratie, gerade bei diesem Problem!

(3) Hier einige grundsätzliche Sätze zum Mantra von der „Integration“. Die neue, Merkel plötzlich zugeschriebene „Empathie“ (auch beschreibbar als Mitgefühl, Einfühlung, Aufmerksamkeit, Achtsamkeit, Verständnis auf der Wahrnehmungsebene, als Hilfsbereitschaft und politischen Gestaltungswillen auf der Handlungsebene – Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!) ist ja erst einmal Voraussetzung, unsererseits Integration als Aufgabe zu sehen. Das Problem Assimilation / Integration ist in den letzten Jahren immer wieder diskutiert worden. Ange-sichts aktueller Vorstöße, z.B. eines schriftlichen „Integrationserklärungs-Zwangs“, sei aber noch mal klargestellt: Integration ist ein

zweiseitiger Prozess. Die Verpflichtung auf unsere Werte setzt Selbstvergewisserung darüber bei uns voraus, und sie setzt Geduld voraus. Ich erinnere an unsere „Nachkriegsflüchtlinge“: Ihnen wurde selbstverständlich zugebilligt: Heimweh, Heimatschmerz, Heimatliebe und Pflege des angestammten Brauchtums, also Respekt vor der mitgebrachten kulturellen Identität! Wenn wir davon reden, dass die „Fremden“ auch eine Bereicherung sein können (und das ausdrücklich nicht im Sinne des Stopfens ökonomischer Löcher), dann setzt das genau diesen Respekt voraus. Totale Assimilation ist keine Bereicherung! Das gilt für klassische Einwanderer, noch mehr gilt es für Asylbewerber, die getrieben, also „Zwangszuwanderer“ sind. Diese integrieren sich am ehesten, wenn sie sich wohl fühlen, wenn sie sich angenommen fühlen; sie gehen, wenn sie die Wahl haben, dahin, wo sie nicht auf Ablehnung oder gar Feindschaft stoßen. Wer totale Anpassung fordert, verhindert Integration und befördert Abkapselung und die Bildung von Subkulturen! Also: Integration ist ein gewollter, positiver Prozess von beiden Seiten! Das kann und muss jedoch einhergehen mit der (sanktionsbewehrten) Einforderung von Integrations-Bemühungen, z.B. Sprache lernen, mit der Einforderung von Anerkennung unserer tragenden Werte und Normen, mit dem Abbau gemeinschaftsstörender trauriger Verhaltensweisen (Frauenverachtung, Verfolgung bestimmter sexueller Orientierungen, Antisemitismus, Zwangsverheiratung, Paralleljustiz, Konfliktverhalten), mit der Akzeptanz unserer Alltagsregeln (z.B. Schulpflicht, Vermummungsverbot, Verbot rassistischer und religiöser Intoleranz, Anerkennung und Achtung der Staatsverfassung, z.B. von Polizei und Justiz). Dabei müssen wir sehen – wieder das Postulat der Gegenseitigkeit –, dass bei uns selbst oft, teilweise sogar zunehmend, unsere Normen auch nicht so perfekt funktionieren, wie wir immer tun. Integration ist also ein variabler Vorgang, der Geduld

erfordert, aber auch falsche Toleranz verbietet, also bei den oben genannten Problemen wesentlich raschere und deutlichere Reaktion des Rechtsstaates.

(4) Verquere Fronten werden auch anderswo aufgebaut: Viele der Aktiven sind mitnichten Fans der Merkelschen Politik eines unbegrenzten Zuzugs, sondern folgen einem schlichtem Imperativ der Mitmenschlichkeit und Solidarität, den die Flüchtlinge zuerst einmal verdient haben –, fragt sich nur, wie lange noch bei weiterem politischen Versagen in Berlin. Viele der Befürworter einer grenzenlosen Zuwanderung andererseits sind sozial abgesicherte Oberschichtenbürger, die das Problem selber kaum berührt und denen es keinerlei(!) Opfer abverlangt, da es bisher in bewährter neoliberaler Manier auf die Schultern der unteren Hälfte oder gar der unteren Zwei-Drittel der Bevölkerung abgeladen wird (wie schon bei der Wiedervereinigung, der Finanzkatastrophe, den Zuzugswellen aus dem Balkan und aus der UdSSR – und nach Außen hin auf die unteren Schichten in den Euro-Krisenländern). Es sind vor allem diese „oberen“ Schichten, die ohne Ansicht bzw. Kenntnis der realen Differenzierung unserer Gesellschaft so reden: „Uns geht's gut“ / „Uns geht's noch zu gut“ / „Wir leben über unsere Verhältnisse“ / „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“ – usw. Stellvertretend für diese Blindsight auf unsere Gesellschaft zitiere ich hier den Ruhr-Bischof Overbeck (auch ein Mitglied der Rundum-Sorglos-Kaste in diesem Land), der predigt, „die Deutschen sollten Abschied von ihrem gewohnten Wohlstand nehmen“ – hat er sein Palais noch nie zu Fuß verlassen? Dieser Punkt der „asozialen Asymmetrie“ regt mich am meisten auf; er ist außerdem der wirkungsvollste Sargnagel für die aktuelle „Willkommenskultur“ und für eine langfristig friedliche Lösung! Es scheint eher als Ergänzung des Abladens der Lasten nach unten eine asoziale Entwicklung einzutreten: Die Bewäl-

tigung der Flüchtlingskrise ist angesichts einer maroden, unter Druck stehenden und oft hilflosen Verwaltung ein Milliardengeschäft, z.B. für Immobilienbesitzer; überhöhte Preise für Container und z.B. „Wohnflächen“ sind an der Tagesordnung – die hässliche Seite des „Marktes“! „Wenn Regierung und Verwaltung versagen, profitieren fast immer Privatunternehmen von dem Chaos – ohne es ihrerseits zu lösen.“, so formuliert der SPIEGEL das Problem. In einer Hochglanzzeitschrift aus den Hamburger Elbvororten heißt es zum Immobilienmarkt fröhlockend: „Wir erwarten so einen verstärkten Druck von den Rändern der Ballungsräume hinein in die Großstädte. ... Letztlich wird durch diese Welle der Nachfragedruck selbst in den besten Lagen noch einmal verstärkt werden und so die Preise weiter steigen.“¹ Die ZEIT spricht sogar von einer „Goldgrube“.²

(5) Staats- und verfassungspolitische Selbstverständlichkeiten, wie das Recht, ja die Pflicht jedes Staates und entsprechend der EU, seine bzw. ihre Grenzen zu sichern, und den Zuzug, auch bei selbstverständlichen Asylrecht (!), zu kontrollieren – in der EU vor allem als Garantie der inneren Freizügigkeit (Schengen) –, gehen inzwischen fast unter oder werden hier und da als Fremdenfeindlichkeit denunziert. Wenn im SPIEGEL der Konflikt zwischen Merkel und Seehofer so kommentiert wird: „Es stehen gegeneinander das Prinzip Stacheldraht und das Prinzip Weltfrieden,“³ dann ist das fast schon bizarr und außerdem eine kolossale Fehleinschätzung der unter anderem gewollt Waffen exportierenden Kanzlerin! So können wir nicht vernünftig um Lösungen ringen! Insofern ist natürlich auch die aktuelle Planung der EU

¹ Der Klönschnack, Heft 11/2015, S. 121

² 15.10.2015

³ SPIEGEL, Heft 42/2015

zur Neustrukturierung von Frontex im Prinzip (nicht in ihren Einzelheiten!) zuerst einmal eine Selbstverständlichkeit. Politisch angreifbar wird dieser „Schutz der EU-Außengrenzen“ nur, wenn das, wie geplant, ein Oktroy wird, vor allem, wenn ansonsten nichts getan wird in der Flüchtlingspolitik vor diesen Grenzen (dazu später). „Nur Frontex“ ist nicht nur politisch angreifbar, sondern auch fast garantiert ein „Schlag ins Wasser“. Angesichts der Wucht, die das Flüchtlingsproblem in Zukunft für Europa annehmen wird (dazu später) ist „nur Grenzsicherung“ eine Illusion!

(6) Um allen Miss-Interpretationen meiner Aussagen vorzubeugen, sage ich hier: Als entschiedener Verfechter des Asylrechts freue ich mich außer über die Tatsache dieses Rechts als solchem über die mögliche Bereicherung unserer Gesellschaft, unseres Alltags, das Aufbrechen verengter, auch hässlich spießbürgerlicher „Lokalpatriotismen“, was bisherige Zuwanderungen, und zwar seit 1945 (!) auch gebracht haben, wenn ich im Interesse der Lösung der jetzigen Probleme frühere Fehlentwicklungen durchaus auch sehe (z.B. soziale Klumpenbildungen, teilweise Parallelgesellschaften, oft mangelnde soziale und kulturelle Integration, zu große Abhängigkeiten von unserem Sozialsystem) – die heute gerne zitierten „Fehler der Vergangenheit“. Ich bin sogar der Meinung, dass in der speziellen Situation in Ungarn im August/September 2015 die Aktion der Kanzlerin richtig war, auch wenn sie dramatisch falsch angefasst wurde und im Vor- und Nachlauf verheerende Fehler aufwies (dazu später). Ich stelle aber zur Versachlichung fest: Egal, wie wir uns grundsätzlich positionieren zu Migrationsfragen, egal, wie wir die Frage des weiteren Zuzugs sehen: die Millionen sind im Lande, es wird kaum möglich sein, zumindest in den nächsten 3 Jahren (Asyl wird erst einmal auf 3 Jahre gewährt), ihre Zahl nennenswert zu verkleinern, und

auch danach ist es wohl eher illusionär, ja, es wird im Interesse der Integration und der humanitären Logik in vielen zu prüfenden(!) Fällen familiäre Nachzugsmöglichkeiten geben müssen! Es ist verlogen, das Leid der Angekommenen in grellen Farben zu schildern („*sie sind der Hölle entflohen!*“), und Frau, Kinder und Eltern dann in dem eben beklagten Dreck sitzen zu lassen bzw. einem lebensgefährlichen Fluchtweg auszuliefern (allein 2015 über 4.000 Tote!), vor allem für eine Partei, die Frau Merkel auf einmal so vehement als christliche Partei beruft. Da müssen wir uns – ohne Wenn und Aber – darauf einigen, dass wir das Problem der Integration so rasch und so wirkungsvoll wie möglich lösen müssen, sonst werden wir ganz „ungemütliche“ Entwicklungen erleben. Das hat mit einem „*Aufstand der Ängstlichen*“ (SPIEGEL) nur teilweise zu tun, das erforderte eher eine Kraftanstrengung der Besorgten – und wer angesichts der Situation und der möglichen Entwicklung nicht besorgt ist, wird die gigantische Kraftanstrengung nicht wagen und nicht meistern, weil er sie blauäugig gar nicht sieht! Wo stehen wir also jetzt?

II. Handlungsleitende Thesen zur aktuellen Problemlage und zu Lösungsstrategien

(1) Der Zustrom der Flüchtlinge ist ein Problem und deshalb selbstverständlich Anlass zu handlungsleitender Besorgnis (den faulmorastigen rechten Rand lasse ich dabei mal beiseite), da er (a) sehr rasch erfolgt, (b) zunehmend ein Massenproblem ist (inzwischen nach letzten Zahlen allein 2015 1,1 Mio. Flüchtlinge – und der Zustrom geht weiter), (c) aus Menschen besteht, die häufig traumatisiert und/oder krank sind, also großer personaler und damit auch finanzieller Zuwendung bedürfen, (d) da er eben ganz wertfrei und sachlich aus Fremden besteht, die unsere Sprache nicht sprechen (organisierbar!), die unsere „Alltagskultur“ erst er-

lernen müssen (organisierbar), die großen- teils berufliche Qualifikationen erwerben müssen (organisierbar), die aber aus einer jahrhundertealten religiösen, sozialen und kulturellen Prägung kommen, die ihnen hier im Sinne der Integration enorme Anpas- sungsprozesse abverlangt und uns eine e- norme, auch selbstkritische Geduld, die aber, wie ich schon schrieb, im Extremfall auch harten, sanktionsbewährten Zwang erfordert (z.B. bestimmte Formen der Frauenfeindlich- keit, religiöser und/oder moralischer Intoler- anz, Antisemitismus, Gewaltbereitschaft.) Dabei müssen wir jedoch sehen, dass diese Dinge auch bei uns harte, teilweise auch noch sehr junge Lernprozesse waren (gerade bei der CDU/CSU, die jetzt einen Integrationsver- trag fordert). Die deutsche Polizei und Justiz darf sich nicht ducken (*„Die sind halt so“*), genauso wenig, wie sie ihre bisherige Fast- Untätigkeit bei rassistischer Gewaltkriminali- tät weiterführen darf (*„Ein fremdenfeindlicher Hintergrund kann erst einmal nicht ange- nommen werden“*). Jedenfalls ist das heute eine neue Qualität, die sich mit „wir schaffen das“ nicht wegreden lässt, auch nicht mit „wir haben die Wiedervereinigung geschafft“ (auch nur teilweise), „wir haben die Gastar- beiter-Millionen integriert“ (auch nur teilwei- se), „wir haben nach dem Krieg 12 Millionen Flüchtlinge integriert und 20 Millionen Men- schen ein Dach über dem Kopf verschafft“.

Gerade zu dem Letzteren muss gesagt wer- den: Das ging häufig nicht ohne Konflikte, bis hin zum Hass! Und es war eine völlig andere Situation: gemeinsame Not, gemeinsame Schuld! Und – ist es schon fremdenfeindlich, das zu betonen (?) – es waren Landsleute mit gleicher Sprache und relativ gleicher Kultur und Sozialisation. Dieser Vergleich taugt we- nig zu irgendeinem larmoyanten Optimismus, aber er taugt zu einer harten Frage an die Gegenwart: Wie hat der damals arme Staat zig Millionen Ausgebombten und Flüchtlingen zu einem soliden Dach über dem Kopf gehol-

fen, während er heute angeblich nicht einmal in der Lage ist, den Wegfall von Sozialwohn- nungen zu kompensieren!? Es gibt eine schlichte und die Politik heute beschämende Antwort: Damals war es ein Staat und gab es Politiker, der sich und die sich dem Volk ver- pflichtet fühlten. Damals gab es „Soziale Marktwirtschaft“, noch keinen Neo- Liberalismus als staatliche Kapitalismus- Religion, und es gab kein Barmen der Politik vor den von ihr selbst freigelassenen „Märk- ten“ (der „Bestie Finanzkapital“, Roubini) – darüber sollten wir doch einmal nachdenken!

(2) Der Zustrom der Flüchtlinge ist ein Problem und deshalb selbstverständlich An- lass zu handlungsleitender Besorgnis, denn er trifft (a) auf eine ja seit Jahrzehnten neolib- eral ausgedörrte staatliche Infrastruktur (Verwaltung, Schule, Justiz, Politik, Freizeit- sport, und wie wir Silvester sahen, vor allem auch Polizei, usw.), (b) auf einen vor allem unter Merkel stark geschrumpften „sozialver- träglichen“ Wohnungsmarkt (von 2006 - 2015 von 2,5 Mio. auf 1,5 Mio), (c) auf eine immer noch nicht vorhandene Struktur der Integrationsarbeit (unter der schon frühere Einwandererwellen litten), (d) auf einen nur scheinbar guten Arbeitsmarkt (real 5 Millio- nen statt statistisch gelogen 3 Millionen Ar- beitslose, sowie den in der EU höchsten Anteil sog. prekärer Arbeitsverhältnisse). Vieles davon wird aktuell durch die breite und inten- sive Hilfsbereitschaft von Bürgern, Hilfsorga- nisationen und lokalen Staatsbediensteten, aber auch von Polizei und Bundeswehr, über- deckt (beileibe nicht „der Deutschen“, wie wir uns gerne schmücken, um den steigenden übeln Gestank am rechten Rand der Gesell- schaft zu überspielen), ein „helles“ Deutsch- land, das zunehmend durch die Berliner Poli- tik geschrumpft wird; zumindest wird diese empathische Energie von Berlin fast zynisch „abgesaugt“.

(3) Der Zustrom der Flüchtlinge ist ein Problem und deshalb selbstverständlich Anlass zu handlungsleitender Besorgnis, da er Probleme sichtbar macht und radikal verschärft, die bei uns schon lange und zunehmend existieren – leider ohne hinreichende Empathie, vor allem nicht bei der plötzlich angeblich empathischen Kanzlerin –, und die in den letzten Jahren zur Schande eines Staates, der von Werten spricht und die „Würde des Menschen“ als Leuchtparole hochhält, dramatisch zugenommen haben und zunehmen werden: Obdachlosigkeit, Wohnungsnot (vor allem junger Familien und alter Menschen), Armut, auch Altersarmut, zunehmende Vereelendung der Alten in den Heimen und des Personals dort, Suppenküchen, Tafeln, breite Hartz-IV-Not, vor allem für 1,5 Millionen Kinder, sinkende Gesundheitsversorgung, steigende Bildungsungerechtigkeit, mangelnde Freizeit- und Sportmöglichkeiten, Abbau des Bürgerschutzes durch „Verschlankung“ der staatlichen Verwaltung, z.B. bei Verbraucherschutz und -beratung, bei Polizei, bei Justiz (ein faktisches Wegbrechen des Rechtsstaates vor allem für nicht so betuchte Bürger!), eine dramatische Spreizung der Einkommen und Vermögen, der größte Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse und der größte Unterschied zwischen Frauen- und Männerlöhnen in der EU, ein zunehmendes Zerschreddern des Arbeitsschutzes und ein Abnehmen menschlich zuträglicher Arbeitsverhältnisse, zunehmende Landflucht – eine beschämende Liste u.a. für Frau Merkel und Herrn Schäuble (die schwarze Kehrseite der Schwarzen Null)! Das kann in Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise und der plötzlichen Bereitstellung vorher angeblich nicht vorhandener Milliarden zu rabiaten sozialen Auseinandersetzungen führen. Es ist jedenfalls zynisch, jetzt nach außen von Empathie und Solidarität zu reden, während u.a. die Regierungen Merkels seit Jahren dieses Gemeinwesen, dessen Wohl sie verpflichtet sind, zunehmend entsolidarisieren und dem Investmentkapital überantworten.

ten. Zur Illustration für die bisherige Abwesenheit von Empathie bei Frau Merkel und Herrn Schäuble zitiere ich einen Artikel über eine „Tafel“:

„Für die Namenlosen am Rand der Gesellschaft, für Rentner, Geringverdiener, Alleinerziehende, Asylbewerber, Sozialhilfe-Empfänger und andere Personen in einkommensschwachen Situationen, ist die Tafel ein Licht in dunkler Nacht. Eine leuchtende Laterne in Zeiten sozialer Not und Ausweglosigkeit. Ein fast schon märchenhaft anmutendes 'Tischlein-deck-dich' für die Ärmsten der Armen, denen auf diese Weise in Zeiten sozialer Gleichgültigkeit und gesellschaftlicher Empathielosigkeit ein Stück lebensrettende humanitäre Grundwärme zuteil wird.“⁴

Es ist interessant, dass angesichts des Terrors in Europa jetzt davon geredet wird, dieser wolle unsere Gesellschaften spalten – während diese Gesellschaften sozial zunehmend längst gespalten sind, am radikalsten durch die „empathische Politik“ von Merkel und Schäuble in den Euro-Krisenländern!

(4) Das so zu sehen, führt zu der Einsicht, dass wir über die reine Flüchtlingsproblematik hinaus, aber auch gerade in ihrem Interesse, umgehend eine wirklich gigantische materielle, personelle und organisatorische Anstrengung übernehmen müssen, um all das so schnell wie möglich zu tun, was nun – für uns alle (!) – zu tun ist: vor allem Wohnungsbau, Schule und Kita, Kindergärten, Lehr- und Ausbildungspersonal, Berufsausbildung, Sozialbetreuung usw. Die bisher bereitgestellten und im Bundeshaushalt 2016 eingeplanten Summen sind teilweise lächerlich, typisch viertelherzige Placebo-Politik der letzten Jahre, auch der Großen Koalition. Vor allem die Versäumnisse der

⁴ Gütersloher Publikumszeitschrift Carl, Heft 12/2015, S. 35

Vergangenheit müssen anerkannt und aufgearbeitet werden – auch ganz unabhängig von der Flüchtlingsfrage! Das wäre ein Gradmesser dafür, ob die plötzliche „Merkelsche Empathie“ nur ein populistisches Manöver ist (siehe dazu Kapitel IV) oder das Gesicht einer „neuen Merkel“. Bisher aber fällt mir zu der Politik der letzten Monate nur ein Spruch von Reich-Ranicki ein: „*Man düngt keinen Garten, indem man durch den Zaun furzt!*“ Das bedeutet also, dass all das zu einer Abkehr von Merkels bisheriger neoliberaler „Verschlankung“ staatlicher Tätigkeiten und Strukturen führen muss, denn der bisher vergötterte „Markt“ und Merkels „marktkonforme Demokratie“ können das nicht richten! Es geht also um die Wiedereinführung der „Sozialen Marktwirtschaft“, eine nun wirklich „unabdingbare Reform“!

Die materiellen Konsequenzen des bisherigen Abbaus staatlicher Tätigkeiten (z.B. Absenken der öffentlichen Investitionen von früher stets 10 auf 5 Prozent in den letzten Jahren!) führen und führen, auch ohne Flüchtlinge, neben der Zersetzung des sozialen Gemeinwesens zu einem Zerbröselns staatlicher Infrastrukturen zu Lasten unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit. Sie sind also z.B. ein viel größerer „Bruch der Generationengerechtigkeit“ als zusätzliche Schulden, die immer auch eine Saldengröße sind, ein vererbbares (Privat-)Vermögen darstellen, wenn auch sozial sehr ungerecht verteilt. Ich habe diese unabdingbaren zusätzlichen Auf- und Ausgaben für Deutschland in meinem Buch „Rettet Europa, nicht nur die Banken!“ aufgelistet und folgere daraus, dass die sog. „Schuldenbremse“, wie sie Merkel und Schäuble mit der ökonomisch fatalen Gleichsetzung von Privat- und Staats-/Werksschulden der EU „aufgeschwatzt“ haben, völlig unhaltbar und kontraproduktiv ist! Das gilt natürlich dramatisch verschärft für die jetzige Situation bei uns, bei anderer Verteilung der Flüchtlinge auch in den anderen

EU- bzw. Euro-Staaten: Ohne Abschied von der eh statistisch erschwindelten Schwarzen Null und ohne neue Schulden (wann, wenn nicht jetzt bei fast 0 Prozent Zinsen, und wo, wenn nicht bei uns in unserer relativ stabilen ökonomischen Situation!?) ist das Problem nicht lösbar! Ich sehe aber im Bundestag keine Bewegung in dieser Sache, im Gegen- teil: Der jüngste CDU-Parteitag hat die klare und harte Einsicht in die auf uns zukommen- den Aufgaben und Belastungen just unter der „Wir schaffen das“- Phraseologie versenkt.

(5) Der Abschied von der falschen „Schuldenideologie“, der „schwäbischen Hausfrau“ (Merkel/Schäuble), der vor allem in Deutschland ja relativ problemlos möglich wäre, scheint mir unausweichlich. „Nur mehr Schulden“ lösen jedoch nicht das bisherige Gerechtigkeitsproblem, da über Jahre Steuern auf Vermögen, hohe Einkünfte, Veräuße- rungsgewinne, hohe Erbschaften und hohe Kapitaleinkünfte gesenkt wurden, während Normaleinkünfte aus Arbeit relativ und in der Summe stärker belastet wurden, vor allem durch die tendenziell unsozialen Verbrauchs- steuern sowie die Arbeitnehmeranteile an Sozial- und Krankenkassen, die ständig stiegen. Das führte nicht nur zu einem immer extremeren Auseinanderklaffen von Arm und Reich (und zwar in allen westlichen Industrie- ländern!) mit der Folge eines explosiven An- wachsens der Finanzspekulation, sondern auch zu einem weiteren ökonomisch eher widersinnigen Auseinanderdriften der Einkünfte aus Arbeit und aus Vermögen (arbeits- loses Einkommen). Bei einer Finanzierung der Aufgaben nur aus Steuern (was geboten ist!), würde also selbst bei anteiliger Belastung aller Bürger und Institutionen diese struktu- rell ungerechte Belastung der kleinen und mittleren Einkommen nicht geändert. Ange- sichts der auflaufenden finanziellen Zusatzbelastungen ist dies aber ein gravierendes Ge- rechtigkeitsproblem. Nichts gefährdet den Integrationsprozess mehr als eine ungerechte

Verteilung der Lasten. Und nichts wäre deshalb dringlicher und gerechter angesichts der gewaltigen Haushaltstlasten, die auf uns zukommen, als „die Reichen“ nach Jahrzehntelanger Entlastung endlich wieder etwas zur Kasse zu bitten.

Wenn Frau Merkel Steuererhöhungen definitiv ausschließt – übrigens neben dem „keine Obergrenze“ die erste und einzige (und neoliberal kennzeichnende) konkrete Festlegung der Kanzlerin bisher in der Flüchtlingsfrage –, dann ist klar, dass sie diese elementare Voraussetzung für ein Gelingen schon mal „kurstichtig oder zynisch“ beiseite schiebt! Wenn Frau Merkel locker sagt „Wir schaffen das“, glaube ich genau zu wissen, wen sie mit „wir“ meint! Vor mehr Schulden (wenn auch bequem möglich) steht also die Notwendigkeit, mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen und damit mehr Steuereinnahmen zu „generieren“, was natürlich auch über eine endlich wirkungsvolle Bekämpfung des Steuerbetrugs und der Steuerflucht geschehen sollte. Summa summarum zwingt uns also die Bewältigung der Flüchtlingsprobleme zu einer grundsätzlichen Reform der staatlichen Einnahme- und Ausgabenpolitik! (Ob's z.B. die SPD begreift?) Auch dies kann aber aus parteitaktischen Gründen bei uns kaum diskutiert werden. Jede Erwähnung von eventuell notwendigen Steuererhöhungen wird von Politik und Medien mit dem Totschlagargument platt gemacht, dies zerstöre oder untergrabe die Willkommenskultur. Dabei wird diese aktuell eher durch untätige Politik untergraben und in Zukunft durch „verschleppte Behandlung“ gar zerstört. Und noch ein Hinweis auf politische Traumtänzerei oder politische Zweckpropaganda: Alle die optimistischen Äußerungen betreffend Lösung mit Schwarzer Null und ohne Steuererhöhungen – leider auch von sog. „wissenschaftlichen“ Ökonomen – blenden die Möglichkeit oder die sich abzeichnende Wahrscheinlichkeit aus, dass die Weltwirtschaft und damit die EU und ganz

speziell unsere Wirtschaft Rückschläge erleiden kann und wird! Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, die sogenannte „Zentralbank der Zentralbanken“, warnt in letzter Zeit verstärkt z.B. vor Gefahren aus den Schwellenländern und besonders vor erneut drohenden Risiken im Finanzsektor. Was dann?

(6) Geld ist das Schmiermittel für alles andere und meist auch der Hauptbetriebsstoff. Dass sogar viele wissenschaftliche Ökonomen, z.B. Herr Fratzscher, sagen, wir schafften das auch mit Schuldenbremse und ohne neue Steuern, zeigt die ganze Realitätsblindheit dieser Computer-Ökonomen, die zu dem vielen Un-Sinn führt, den sie produzieren – zum Leidwesen der Politik, die ihrer fundierten Beratung dringend bedürfte. Diese „illusionäre“ Sicht der Finanzprobleme bedeutet mit fast 100-Prozent-Garantie, dass man letztlich an die staatlichen Leistungen für die Normalbürger herangeht, z.B. durch Belastung der Sozial- und Rentenkassen – wie man es ja kaltschnäuzig schon nach der Wiedervereinigung tat, ebenfalls unter Federführung Schäubles. Da die bisherigen und angedachten Überweisungen an die Kommunen bei weitem nicht einmal die rein materiellen Zusatzkosten decken, werden zunehmend die Länder- und Gemeindehaushalte belastet, zumal in den Gemeinden schon seit Monaten oft über 50 Prozent der Personalkapazität für die Flüchtlingsarbeit eingesetzt wird, was zur drastischen Minderung bei den normalen kommunalen Leistungen für die Bürger direkt und für die kommunale Infrastruktur führt, was wieder einseitig den normalen Bürger betrifft. Meine Nachbarn in Blankenese bleiben weitgehend verschont, sie werden z.B. weder beim Wohnen, noch in der Bildung, weder in der Krankenversorgung noch bei der Arbeit belastet. Es gilt verschärft die Sachaussage: Nur der Reiche kann sich einen armen Staat leisten! Das bisher Gesagte gilt für die deutsche Innenpolitik und, wenn die

EU doch noch zu einer solidarischen Lösung der Flüchtlingsprobleme findet, verstärkt auch für die entsprechenden EU-Staaten. Denn die Änderung bzw. Abschaffung dieser Schuldenbremse ist notwendig für alle EU-Staaten, da ihre Einhaltung für fast alle Staaten – auch ohne Flüchtlingsausgaben – schlicht eine Illusion ist. Das traut sich bisher nur keiner zu sagen, eine fast schon notorishe Feigheit unserer politischen Eliten – oder eine Blindheit, beides gefährlich!

(7) Die von mir skizzierte Erweiterung des notwendigen finanziellen Spielraums der Staaten gilt zusätzlich für eine akute außenpolitische Notwendigkeit: „Bekämpfung der Ursachen“ heißt zuerst einmal, möglichst morgen dem UNHCR (Flüchtlingshilfswerk der UN) und anderen Hilfsorganisationen (z.B. dem Roten Kreuz) mit zweistelligen Milliardenbeträgen zu helfen, sofort die elenden Lebensbedingungen in den Lagern rund um Irak und Syrien und in den afrikanischen Krisengebieten deutlich zu verbessern, also natürlich auch in der Türkei, unabhängig von unserer Haltung zu diesem Land. Die Gelder sollten sowieso nicht die zentralen Regierungen kriegen, sondern die Hilfsorganisationen vor Ort (soweit Regierungsstellen dort arbeiten, auch diese). Dieses ist das politisch unverständlichste und moralisch haarsträubendste aktuelle Versagen der „westlichen Wertegemeinschaft“, also auch der Bundesregierung! Um die gigantische Unvernunft dieses Versagens auch in Verbindung mit der Terror-Bekämpfung zu verdeutlichen, zitiere ich den bekannten syrischstämmigen deutschen Autor Rafik Schami aus seinem Interview im „Kölner Stadtanzeiger“ vom 11.10.2015, das auch das Versagen der arabischen Anrainerstaaten thematisiert, denen unsere Politiker lieber Waffen liefern statt endlich einmal „arabische Solidarität“ mit den Flüchtlingen von dort einzufordern! So finanzieren wir hier die Flüchtlinge, die u.a. mit deutschen Waffen zu Flüchtlingen gemacht

wurden und werden. Wo ist da in Berlin noch ein nennenswerter Rest politischen Verstandes!? Nun zu Schami:

„Wenn ich die Bilder von den vielen Flüchtlingen aus Syrien sehe, empfinde ich als erstes eine Wut. Denn die arabischen Nachbarn lassen ihre Brüder und Schwestern in Syrien im Stich. Dabei gibt es Araber, die haben so viele Milliarden, mit denen sie nichts mehr anfangen können. ... In der EU gibt es ein massives Scheitern, ein Chaos. Schon vor Jahren habe ich gesagt: Bitte, helft vor Ort! Dann würden die Flüchtlinge dort auf ewig mit der westlichen Demokratie verbunden sein. Jedem Extremisten würden sie sagen: Geh weg, denn der Westen hat uns das Überleben ermöglicht – wir wären krank, ohne dessen Medikamente, wir wären hungrig, ohne dessen Hilfe. Das wäre tausendmal vernünftiger gewesen, als zu warten, bis der Strom der Flüchtlinge nach Europa durchbricht.“

Diese Hilfe ist auch deshalb akut notwendig, weil das Flüchtlingsproblem uns bleiben wird, es wird sich möglicherweise noch dramatisch steigern. Fachleute prophezeien zumindest für 2016 noch einmal 1 Million Flüchtlinge. Im Iran warten z.B. 4 - 5,5 Millionen Afghanen, die dort nicht gelitten sind und in elenden Verhältnissen leben, auf den Absprung. Im Jemen sind jetzt schon 1,5 Millionen auf der Flucht. Selbst die EU-Kommission rechnet bis Ende 2017 mit weiteren drei Millionen neuen Flüchtlingen (von denen natürlich nicht alle anerkannt werden bzw. hier bleiben, ähnlich kalkuliert die Deutsche Bundesbank in ihrem „Monatsbericht 12/2015“). Die Politik meint aus „klimatischen“ Gründen, das verschweigen zu müssen – ein „Deckel drauf“, was zu „Verpuffungen“ führen kann!

(8) Natürlich muss die EU-Außenpolitik zur „Bekämpfung der Ursachen“ insgesamt einer gründlichen Revision unterzogen wer-

den. Ich nenne hier nur Stichworte: drastische Einschränkung des Waffenhandels / Korrektur der rein ökonomisch forcierten Globalisierungspolitik / Eintreten für eine gerechte Welthandelspolitik (WTO) und Änderung der EU-Handelspolitik mit den Schwellen- und Drittländern, vor allem in Afrika; das gilt vor allem für die oft von der EU erpresseten Freihandelsabkommen / Dass bedeutet auch direkt und indirekt eine neue EU-Agrarpolitik einschließlich eines Verbots der Nahrungsmittelspekulation der Banken! / Natürlich geht es bei „Ursachenbekämpfung“ auch um TISA und TTIP / Schließlich muss eine fundierte Klimapolitik umgesetzt werden, da reicht es nicht, sich im roten Anorak auf dem Grönland-Eis fotografieren zu lassen. Das alles muss flankiert werden durch eine positive Stärkung der UNO durch die EU. Die UNO wird gerade angesichts der Flüchtlingsproblematik immer wichtiger – und wir haben nur sie! Schließlich muss eine Eindämmung der „Bestie Finanzkapital“ in Masse und Bewegungsspielraum ernsthaft angegangen werden, da alle Prozesse, die zu Fluchtbewegungen führen, ihre Ursache auch im frei flottierenden anlagehungrigen, absolut amoralischen und riesenhaft gemästeten Finanzkapital haben. Kriege, Hunger, Klimakatastrophen, Wassermangel, Terror, Gewalt, politischer Despotismus, Korruption – kratze wo Du willst: Ohne unser Zutun und ohne die Finanzindustrie gäbe es das alles heute so und in diesem Umfang nicht!

(9) Ganz unter geht ein internes europäisches Flüchtlingsproblem: Aus den von der Troika, sprich zuerst von Merkel und Schäuble sozial kaputt sanierten Euro-Krisenstaaten Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, teilweise auch Italien, flüchten jedes Jahr 150.000-250.000 Jugendliche, i.d.R. die gut Ausgebildeten und mental Aktiven: die Iren in die USA, die anderen meistens zu uns, auch eine Art Ausbeutung, dieser Brain-Drain – abgesehen davon, dass die Erholung dieser

Staaten, verlässt man mal die dubiosen, oft aussagelosen, da hoch aggregierten Kennziffern unserer Büro-Ökonomen, so kaum möglich ist. Aber Menschen, Qualifikationen, Motivationen tauchen in den Excel-Tabellen dieser „Wissenschaftler“ kaum oder gar nicht auf. Wir haben das Riesen-Problem der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern (durchschnittlich 50%), aber auch in der EU insgesamt (durchschnittlich 20-25%). Ähnliche Bilder haben wir in Rumänien und Bulgarien, wo die nächsten „Umzugswellen“ abzusehen sind – abgesehen vom immer noch nicht befriedigend gelösten Roma-Problem. Könnte es sein, dass der Unwillen vieler Länder gegenüber jungen Flüchtlingen auch daher röhrt? Was wäre, wenn unsere Euro-Strategen, an der Spitzel die plötzlich so empathische Merkel und der kalte Buchhalter Schäuble, die vielen Spitzen-Sitzungen des letzten Sommers zu Griechenland genutzt hätten, sich auch mal dieses fundamentalsten Problems Europas anzunehmen, statt es durch sozial bösartige „Reform-Diktate“ noch zu verschlimmern und minutiös zu fieseln, wie man den eh Verarmten dieser Länder noch 3 % Rente wegnimmt oder 5% Mehrwertsteuer mehr aufbrummt. Während man die „Reichen“ natürlich nicht anfasst und z.B. für die Jugendarbeitslosigkeit 2013 im EU-Haushalt ein Programm von 8 Milliarden Euro auflegte (ein verschwindender Bruchteil der Bankenrettung). Empathie? Was für eine Garde von Politikern! Wir wäre es, die jetzt notwendigen gigantischen materiellen Anstrengungen, z.B. Wohnungsbau, zu einem europäischen Investitionsprogramm zu machen?! Ach ja, ich vergaß: Diese Herrschaften glauben ja an „die Märkte“! (Im Vorweg zum später angesprochenen Problem der Klimaflüchtlinge sei hier vermerkt, dass auch im Süden Europas, also der EU, seit langem massive Dürre-Probleme und Wüstenbildungen voranschreiten und schon jetzt zu massiven Klimawanderungen führen!)

(10) Jeder möge beurteilen, ob diese von mir skizzierte Politik richtig ist und durchführbar. Ich habe natürlich meine Zweifel angesichts der realen ökonomischen Machtverhältnisse und der Qualität unseres politischen Personals in Kenntnis, Wahrnehmung, Gestaltungswillen und ideologischer Lastigkeit. Aber ich zähle das hier auf, um das Tönerne dieses „die Ursachen bekämpfen“ der EU und der Bundesrepublik zu entlarven, die Verlogenheit dieser so vollmundig von Merkel beschworenen „christlichen Wertegemeinschaft“. Ich zähle das alles auf, um zu zeigen: Bisher sieht unsere politische Elite das Problem nicht hinreichend, oder sie drückt sich vor den Lösungen, oder sie quetscht – die politisch übelste und explosivste Strategie – das alles mal wieder den unteren 50 oder 70 Prozent der Bevölkerung auf.

Die von mir zentral verortete Frage der sozialen Gerechtigkeit bei der Lösung der Flüchtlingsprobleme begründet sich auch aus staats- bzw. verfassungsrechtlichen Sachverhalten. Am Beispiel Deutschlands lässt sich zeigen, dass eine vorrangige Verpflichtung der politisch Verantwortlichen, dem „Wohle des Deutschen Volkes“ zu dienen, Bestand haben muss und kann bei gleichzeitigem Respekt vor dem Asylrecht. Davon handelt mein nächstes Kapitel III. Vor diesem Hintergrund werde ich dann die bisherige Rolle der Politik der Kanzlerin gesondert darstellen, damit die Geschichte zu ihrem Recht kommt und ihr Urteil sprechen kann, denn die Bundeskanzlerin war, ist und wird absehbar die zentrale Figur in dieser Politik sein.

III. Der sorgsame Umgang mit dem Volksvermögen/Volks-eigentum als Postulat „sozialer Gerechtigkeit“ zum „Wohle des Volkes“ und als (begrenzende) Leitlinie unserer Asylpolitik

Hier folgen nun ein paar grundsätzliche Ausführungen zur Frage des jetzt oft postulierten

„moralischen Rechtes auf unbeschränkte Einwanderung“, das so interessanterweise nicht nur von eher linken oder grünen Befürwortern einer unbegrenzten Zuwanderung, sondern auch von knallharten Neoliberalen verfochten wird (unbeschränkte Freiheit und Mobilität von allem und allen!). Dieses auf den ersten Blick positive Postulat von der „einen Welt“ ist ausgesprochen und unausgesprochen ein zentraler Punkt der Auseinandersetzung, deswegen behandle ich das hier ausführlicher, auch weil es bisher ein kaum diskutiertes Feld ist. Dabei ist dieses angebliche Recht ein Grundproblem in der von mir zentral angesprochenen „sozialen Balance“ bei der Lösung der Flüchtlingsprobleme. Dieses Rechtspostulat ist einerseits eine Lieblingsforderung von „Eine-Welt-Theoretikern“, es ist aber auch ein Produkt der Vergötzung von Privat- und der fast totalen Unterschätzung von Sozial-/Gemeinschafts-Eigentum, und da setzt meine Kritik an.

Jedem leuchtet ein, dass eine Zwangsbelegung von Privatwohnungen in jeder Beziehung juristisch schwierig, vor allem politisch nicht durchsetzbar ist, und auch nicht wünschenswert wäre. Gegen so eine Zuwanderung bzw. Mobilität würde sich natürlich auch der hundertprozentige Neo-Liberale wehren. Aber eine Art freie bzw. Zwangs-Belegung des Landes – wie früher die USA? Wir sind aber weder ein unterbesiedeltes Land noch eine freie Wildnis, sondern ein hochgradig infrastrukturell versorgtes, organisiertes, institutionell strukturiertes Land, mit starker rechtlicher und sozialer Normierung, Organisierung, Absicherung, auch im Bildungsreich. Diese über die Jahrhunderte von der Bevölkerung über Steuern und Arbeit erarbeitete Struktur nenne ich Gemeinschafts- oder Volkseigentum – es ist, den „Großkopferten“ in Berlin sei’s gesagt, nicht ihr Eigentum! Das ist ein tragender Pfeiler der staatlichen Verfasstheit der europäischen Kernländer – im teilweisen Gegensatz z.B. bis heute zu den

USA. Dass viele „Volksvertreter“ bei uns das in den letzten Jahrzehnten „vergaßen“ und im Zuge der neoliberalen Reformierung der früheren „Sozialen Marktwirtschaft“ mit diesem Volksvermögen verantwortungslos und „landesfürstlich“ Schindluder trieben, es verscherbelten (oft gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung, wie Herr von Beust als Bürgermeister-Gutsherr in Hamburg mit den Krankenhäusern oder Minister Eichler mit dem millionengroßen Bundesbesitz an Wohnungen), ist leider politisch eine „Degenerationserscheinung“, eine gewollte Strategie des Neo-Liberalismus gegen diese tradierte europäische Staatsverfassung im Interesse einer die Interessen ausgleichenden, sozial sicheren, schützenden und fördernden Politik für die Bürger, was aber nichts an meinen Aussagen zur staatstragenden Funktion dieses Volkseigentum ändert – im Gegenteil! Am schonungslosesten tobte und tobt sich diese destruktive Politik bei der Bewältigung der Euro-Krise gegen die mittleren und unteren Bevölkerungsgruppen in den Euro-Krisenländern aus, angeführt von unserer neuerlich „empathischen“ Kanzlerin.⁵

Frau Berger resümiert erst einmal nach Prüfung der ökonomischen Sachverhalte: „*Dass freie Einwanderung ein wirtschaftliches oder demografisches Allheilmittel und unter allen Bedingungen „Einwanderung für alle gut“ sei, ist jedenfalls empirisch falsch.*“ Dieser Befund geht schon mal gegen die gängige Propaganda, die ganze Einwanderung sei z.B. eine Rettung aus unserem mit bestimmten Interessen hochstilisierten „Überalterungsproblem“, die das idealisierte Postulat einer freien Zuwanderung materiell absichern soll. Das

übersieht aber das Folgende: Unser solider Wohlstand verdankt sich nicht nur internationaler Ausbeutung, hemmungsloser Exportoffensiven (u.a. auf der Basis des größten Niedriglohnsektors in der EU und der größten Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen) oder EU-bezogen früherer Kolonialpolitik, sondern dieser Wohlstand verdankt sich auch einer klugen Politik im eigenen Lande:

„Ihre im Weltmaßstab privilegierte Position verdanken die deutschen Bürger zu einem Teil sich selbst, indem sie in großer Mehrheit Steuern zahlen, nicht schwarzarbeiten, Beamte nicht bestechen, als Beamte nicht die Hand aufhalten, sich generell an Regeln halten, keine Fehden zwischen Religions- und Volksgruppen ausgetragen, keine bewaffneten Aufstände beginnen (auch dann nicht, wenn Regierungen Entscheidungen treffen, die die Mehrheit der Bevölkerung ablehnt), gewissenhaft ihrer Arbeit nachgehen, ihre Kinder in die Schule schicken und dergleichen. Zum größeren Teil verdanken die Bürger Deutschlands aber ihre guten Lebensbedingungen natürlich auch Taten aus vergangener Zeit, solchen der Arbeiterbewegung, gesellschaftlich engagierter Ärzte, Aufklärer und Sozialreformer, guten Entscheidungen von Politikern und des demokratischen Souveräns. Ein Beispiel ist die Entscheidung, die Wasserversorgung und die Abwasser-Entsorgung staatlich (kommunal) zu organisieren. ... Wohlgemerkt ist Indien nicht ärmer, als die meisten Städte Deutschlands es waren, als hier die Wasserinfrastruktur gebaut wurde. Ein weiteres wichtiges Beispiel für eine gute Entscheidung in der Vergangenheit ist die, kostenlose Schulen und eine allgemeine Schulpflicht einzuführen, sowie die staatlichen Schulen mit gut bezahlten Akademikern als Lehrern zu bestücken.

⁵ Ich zitiere im Folgenden weitgehend aus einem Aufsatz von Ruth Berger bei TELEPOLIS, den ich allen am Thema Interessierten ans Herz lege. Ruth Berger, Freie Einwanderung – ein Menschenrecht? Über Gemeinschaftseigentum, wirtschaftliche Fragen der Einwanderung, moralische Argumentationen und ihre Berechtigung. In: TELEPOLIS, 27.10.2015

Dieser Staat samt Infrastruktur und Institutionen ist ererbtes und gepflegtes Gemeinschaftseigentum. Deutsche Bürger haben ein viel kleineres mittleres Vermögen als Bürger in südlichen EU-Staaten ohne Grundsicherung, wie Italien, Spanien oder Griechenland. Auch deshalb, weil sie über Generationen mehr in Gemeinschaftseigentum investiert und sich auf die Gemeinschaft statt auf Vitamin B verlassen haben und verlassen konnten. Die privatwirtschaftlich-industrielle Wohlstandsmehrung basiert mit auf Nutzung des Gemeinschaftseigentums, beispielsweise Chemiker- und Ingenieursausbildungen an staatlichen Schulen und Universitäten, Verkehrs-Infrastruktur, die Sicherheit der Wirtschaft vor der Mafia oder Räuberbanden, und teils auch direkter staatlicher Unterstützung der Großindustrie. ... Analog zum Privateigentum verpflichtet natürlich auch Gemeinschaftseigentum. Wie beim Privateigentum wird ein funktionierender Staat demokratisch regeln, inwiefern Gemeinschaftseigentum nicht nur den derzeitigen Eigentümern, also den eigenen Bürgern, zu Gute kommt, sondern an Dritte abzugeben ist (z.B. an Asylbewerber, R.C.). Wie bei der Erhebung bei Steuern und Abgaben sind die Motive dafür nicht nur humanitär, sondern auch selbstdienlich."

Dann diskutiert Ruth Berger die neoliberale destruktive Politik der letzten Jahre, die dieses historische Erbe systematisch missachtet:

„Die von weiten Teilen der deutschen Eliten, insbesondere auch den Medien, über Monate beteuerte und befeuerte Hilfsbereitschaft ohne Obergrenze gegenüber den heute aus fernen Ländern als Asylsuchende Kommenden steht also im Gegensatz zum Jahrzehntelangen systematischen Zurückfahren der Solidarität und der Gemeinschaftsleistungen im eigenen Land aus angeblichen Kostengründen und auch zu den sichtbaren politischen Prioritäten seit den 90er Jahren. ... De-

Solidarisierung im Innern und grenzenlose Solidarität nach außen gehen nicht zusammen.“

Gerade auf dem Hintergrund meiner Argumentation, dass die Flüchtlingsproblematik ein Weckruf für die Reformulierung einer wirklich sozialen Marktwirtschaft sein sollte, scheinen mir diese Ausführungen bedeutsam. Sie unterstützen auch die Haltung, Zuwanderung zu organisieren (Einwanderungsgesetz) und selbstverständliche Nothilfe (nach der Genfer Flüchtlingskonvention und dem deutschen Asylgesetz) in materieller Hinsicht nicht automatisch deutschen Bürgerrechten und Sozialansprüchen gleichzusetzen. Diese Einschränkung (ACHTUNG: Keine Fremdenfeindlichkeit!!!) ist auch für die Akzeptanz und Integration unerlässlich. (Angesichts von ca. 300.000 Obdachlosen und noch mehr jungen Familien, die verzweifelt eine bezahlbare Wohnung suchen, wird da z.B. das Thema Wohnungsbau „handgreiflich“ begreifbar.) Diese Einschränkung sollte auch Basis sein einer Reorganisation zur Sozialen Marktwirtschaft, die den Wert einer staatlich organisierten und gesicherten sozialen Solidargemeinschaft wieder in den Mittelpunkt staatlichen Handelns rückt (auf der Basis von Artikel 1 GG, Menschenwürde), statt das, wie zunehmend heute, dem atomisierenden Verwertungsinteresse von zunehmend anonymen Kapitaleignern bzw. Kapitalgesellschaften zu überlassen oder besser: zu opfern.

Wir dürfen, wenn wir die Integration wollen (und wir müssen sie nun so oder so wollen!), uns nicht an Postulaten verbeißen, die das Ziel gefährden, da sie die Durchführungen unnötig erschweren bzw. gar unmöglich machen, und dazu gehört ein Erträglichmachen der Hilfen des deutschen Solidarsystems durch Begrenzung von Leistungen und (natürlich!) Begrenzung der Zuwanderung! Das Allerwichtigste für die Menschen, die bei uns sozusagen stranden, ist ein schnelles Erlern-

nen der Sprache, eine menschenwürdige Behausung, und eine Einbindung in das Arbeitsleben (um die Selbstachtung nicht zu verlieren, um einen Beitrag zur eigenen Lebenshaltung zu leisten, um uns materiell zu entlasten, um deutsch zu lernen und sich sozial einzugliedern). Wer meine Einschätzung über die gigantische Größe dieser Aufgabe teilt, wird meine Aussagen zur partiellen „Ungleichbehandlung“ von Bürgern und Zuwanderern nicht als fremdenfeindlich oder ungerecht verstehen. Dieser Staat und seine Bürger sind in einem Maße gefordert wie lange nicht mehr.

Die Eingliederung in unsere Arbeitsgesellschaft z.B. ist durch die Massen und den Charakter der Zuwanderung doppelt schwer und kann nur mit einem zusätzlichen staatlichen Beschäftigungsprogramm geleistet werden. Da ist Herr Weise mit seinen beiden aktuellen Jobs vielleicht der Falsche, denn er hat die Arbeitsagenturen ja immer stärker zu statistik-frisierenden Verwaltungs- und Verwahranstalten gemacht, statt zu innovativen und aktiv agierenden Eingliederungsagenturen. Dieses Beschäftigungsprogramm könnte auch Teil eines Programms gegen die Landflucht sein und damit Teil einer besseren Verteilung der Flüchtlinge. (Als zusätzliche Erschwerung der Aufgabe „Eingliederung in den Arbeitsmarkt“ verweise ich hier nur auf die breite Diskussion über die sog. 4. Industrielle Revolution, die Vernetzung der Elektronik, Stichwort: Industrie 4.0, die eher einen weiteren Abbau von Arbeitsplätzen befürchten lässt. Hier konterkarieren sich also zwei Entwicklungen, aber darauf weise ich hier nur hin.) Und es gilt dabei zwei heilige Kühe der totalen Willkommensbefürworter zu schlachten:

(a) Es ist nicht nur nicht zu begründen, sondern auch den sozialen Frieden gefährdend, wenn der Neuankömmling ohne Arbeit, ohne hinreichende Qualifikation und ohne Sprachkenntnisse dasselbe Geld erhält wie der 50-

jährige Hartz-IV-Bürger, der vorher aber 30 Jahre zugeleistet hat. Da sollte das BVG noch mal nachdenken, nicht nur über Rechtsprinzipien, sondern über reale Lebenswelten! Und wenn das BVG zurecht fordert, dass auch Flüchtlingen das Existenzminimum zu sichern ist, dann sollten Frau Merkel, Herr Schäuble und Herr Gabriel sich als Große Koalition durchringen, endlich zu tun, was verfassungsgerecht längst fällig ist: für deutsche Hartz-IV-Empfänger mindestens 80 Euro drauf zu legen, um diese sozialdemokratische Missgeburt Hartz-IV mit einem Hauch „Empathie“ abzumildern, vor allem für die Kinder, und diese brutale Ämter-Willkür des Streichens und Strafens endlich einer verfassungskonformen Regelung zuführen. Leider hat sich in unserer Gesellschaft eine gesteuerte Hartz-IV-Häme breit gemacht, die deutlich asozialer ist, als die wenigen Hartz-IV-Empfänger, die man als Sozialschmarotzer identifizieren kann.

(b) Es ist z.B. durchaus zumutbar, dass ein Flüchtling, der in einer Firma erst einmal eingearbeitet wird, sprachlich, mental, professionell, also ein halbes Jahr eher Mühe kostet als Ergebnis bringt, nicht unseren Mindestlohn erhält – soviel Altruismus ist einem „am Markt“ agierenden Unternehmen nicht aufzwingbar. Es ist aber sehr wichtig, das wir massenhaft Klein- und Großbetriebe finden, die sich dieser Aufgabe annehmen! Das verständliche Sperren gegen solche Ausnahmen seitens der SPD und der Gewerkschaften gründet auf der Erfahrung, dass leider „die Wirtschaft“ solche Ausnahmen in der Vergangenheit immer wieder schamlos zum Sozialdumping missbraucht hat – siehe das aktuelle Verhalten gegenüber der Neujustierung der sogenannten „Leiharbeit“. Deshalb muss eine solche Ausnahme als solche garantiert sein! Hier könnte das Heer von Weises „Arbeitsvermittlern“ dann ja kontrollierend tätig werden, denn die Eingliederung der Flüchtlinge in unser Arbeitsleben darf keine schiefe Ebene

zur Konservierung oder gar zum Ausbau prekärer Arbeitsverhältnisse sein. Das fällt alles unter das Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ oder „soziale Balance“ als dem Stützpfeiler einer gelingenden, friedfertigen Integrationspolitik. Wir müssen – jenseits sinnloser Prinzipienreiterei – vernünftige, praktikable Wege finden, wir müssen aber auch warnen: Wer die Flüchtlinge perspektivisch zum Abbau sozialer Standards benutzt (das gilt hier für Arbeitgeber und für den Staat!), der zündelt und legt Hand an die Fundamente des sozialen Friedens bei uns! (Das gilt übrigens auch für TTIP und TISA!!!)

Es bleibt also eine notwendige, unumgängliche Erkenntnis: Diese Großaufgaben können wir nicht stemmen ohne vorübergehende und partielle Ausnahmen von unseren sozialen und z.B. baurechtlichen Standards. Aber diese Lasten müssen gerecht verteilt werden! Deshalb meine Aussagen zur Schwarzen Null, zur Schuldenbremse und zur Steuergerechtigkeit. D.h. aber praktisch, dass alle zusätzlichen Belastungen aus Steuern getragen werden oder, wenn doch organisationsvereinfachend über die Sozialkassen, bei voller Erstattung aus Steuern, und nicht, wie frevelhaft bei der Wiedervereinigung, weitgehend zu Lasten der Sozialversicherten. Eine Gesundheitsversorgung über die gesetzlichen Krankenkassen z.B. klammert die Privatversicherten aus, eine doppelte Ungerechtigkeit. Da sind die Postulate der sozialen Gerechtigkeit und Gleichbehandlung mit Argusaugen zu bewachen! Eine „Vollversorgung“ mit unseren staatlichen Sozialleistungen aber ist gerechtfertigt erst, wenn die Asylbewerber rechtlich voll anerkannt sind und bei uns bleiben, sonst bleiben unsere Kinder auf den Schuldenbergen sitzen für eine „Investition“, von der sie nichts haben. Und die Rettung unserer Wirtschaft und unseres Sozialsystems vor den Gefahren der Überalterung ist ja auch größtenteils nur eine statistische Schimäre. Wenn das alles so katastrophal wäre, frage ich

mich, wieso unser Staat und die Wirtschaft nicht alles tun, unsere eigenen Human-Reserven auszuschöpfen durch bessere Organisation der Arbeit, durch wirklich sinnvolle Qualifikationsangebote für Langzeitarbeitslose, durch eine Bildungsorganisation, die nicht jedes Jahr zigtausende gescheiterte Schulabgänger produziert. Das alles erspart man sich und hofft nun auf den Glücksfall der Flüchtlinge. Das kann und wird aber auch eine Täuschung sein. Und wenn, erfordert es erst einmal Rieseninvestitionen in den nächsten 10 Jahren! Und das Ausschöpfen unserer eigenen Ressourcen ist sowieso ein Gebot der Verfassung! Hier noch mal: Alles, was jetzt materiell zu tun ist, steht sowieso an als Abkehr von der permanenten, verfassungsfeindlichen Desolidarisierung der letzten 30 Jahre, die Flüchtlinge „erinnern“ uns nur noch einmal mit aller Wucht daran!

Ich greife hier einen Vorschlag u.a. der LINKE auf: Frau Merkel könnte die Lage deutlich entspannen, wenn sie, ähnlich wie bei der Finanzkatastrophe 2009, wo sie zusammen mit Finanzminister Steinbrück den deutschen Sparern ihre Guthaben garantierte, diesmal zusammen mit Vizekanzler Gabriel eine Versicherung abgäbe, dass „die Normalbürger“ keine Abstriche an den zugesicherten und größtenteils von ihnen ja auch erarbeiteten Sozialleistungen, Renten, Gesundheitsversorgungen sowie kommunalen Dienstleistungen (z.B. Schulen, Kindergärten, Verbraucherschutz, Sportmöglichkeiten, Kultur) zu erleiden haben. Bei den Banken ging das Merkel leicht von der Lippe (mit Ackermann als Souffleur) und die staatlichen Tresore wurden weit geöffnet. Jetzt allerdings müsste die Kanzlerin ihre angebliche „Empathie“ wirklich beweisen und über ihren neoliberalen Schatten springen. Das wäre dann mal eine große Leistung und eine politische Leistung bzw. eine politische Wende, die Respekt verdiente! Es wäre gut, wenn die SPD innerhalb der

Regierung und die Gewerkschaften außerhalb dafür Dampf machen!

IV. Die mediale Verelendung des Anspruchs an Politik und an Politiker am Beispiel „Angela Merkel“

Ich muss mich hier etwas genauer mit Angela Merkel beschäftigen, da sie im Guten wie im Schlechten, in Vergangenheit und in der Zukunft die Schlüsselfigur in der aktuellen Entwicklung ist und absehbar bleiben wird. Die Bewertung ihrer Politik und ihrer Person ist also auch ein Wegweiser durch die Krise.

1. Das bisherige mediale Bild von Angela Merkel und ihrer Politik

Fast alle Medien-Auguren sind sich einig, dass diese Frau ein „Phänomen“ ist – bzw. ihr mediales Abbild, denn wir vergessen i.d.R. dass wir die Person ja kaum kennen, sondern nur ihre medialen Projektionen. Am häufigsten taucht der Begriff „Teflon-Kanzlerin“ auf zur Beschreibung des Phänomens, dass nichts Negatives an ihr kleben bleibt. Sie ist beliebt, egal, was ihre Minister so treiben (nehmen wir als Paradebeispiele für ihre Fehlbesetzungen den aktuellen Verkehrsminister Dobrindt, den gewesenen Wirtschaftsminister Rösler oder den gewesenen Verteidigungsminister zu Guttenberg). Sie schwebt über den Niederungen der Alltagspolitik. Die Bürger können sich aufregen über was auch immer in der Berliner Politik, kaum einer bringt seine politischen Ärgernisse mit ihr in Verbindung. Das hat natürlich zuerst mit ihrem Politik-Stil zu tun, sich erst dann zu Wort zu melden, wenn der Wind günstig steht oder sich gelegt hat, sich ansonsten mit unverbindlichen, aber eingängigen Statements zu allem und jedem zu melden, vom Fußball bis zu Immer ein Kopfnicken. Abhörskandal? „*Abhören von Freunden, das geht gar nicht!*“ Recht hat sie – wieder einmal! Weiß irgendwer irgendetwas

von einer politischen Folge dieses Statements? Das hat in diesem Fall, neben der gepflegten Unverbindlichkeit, mit einer zweiten Konstante ihres Handelns zu tun: der fast kritiklosen Gefolgschaft zu den USA. Festlegungen gibt es selten, und erst, wenn sie beim Wähler ankommen. Sie kann sich, wie Beckenbauer, ständig widersprechen – von den Medienvertretern merkt es kaum einer.⁶ Sie wird als „Sozialdemokratisiererin“ betitelt, obwohl sie glasklare neoliberalen Politik macht; Ausnahmen nur dann, wenn ein Thema, z.B. der Mindestlohn, in den Volksbefragungsergebnissen, die sie sich allmorgendlich vorlegen lässt, eine für sie negative Brisanz entwickelt. Dann klaut sie das Thema einfach der SPD, und die steht dann dumm da, da sie kein politisches Grundkonzept mehr hat, sondern sich von Fall zu Fall auf ein populäres sozialdemokratisches Einzelthema stürzt.

„Kritisiert“ wird an Merkel häufig, dass sie kein Thema setzt, dass sie den Bürgern nichts zumutet, vor allem keine kontroversen Debatten, dass sie „das Volk in Ruhe lässt“. I.d.R. wird diese ja eigentlich populistische Abwarterei aber gelobt: *Sie sei sehr sachlich, berechenbar, emotionslos (weil sie Physikerin ist!?)*, und sie denkt, eben weil sie Physikerin ist, „*alles vom Ende her*“. Dieses journalistische Stanzerl ist schon in der Sache mit das Dummste, was ich dazu höre. Kein Physiker hat mir diese Elogie bisher erklären können. Noch ein Zitat: „*Angela Merkel macht Politik so pragmatisch, dass es förmlich weh tut.*“ Noch fragwürdiger ist ihre eigene Wortblase „auf Sicht fahren“, die auch Schäuble gerne benutzt. Das ist eine Tugend nur dann, wenn man klare Fernsicht hat, aber diese haben wir ja aktuell gerade nicht, sondern eher gar keine Sicht; da gebietet kluge Politik, sich

⁶ Ich habe dies ausführlich am Beispiel der Euro-Krise in meinem Buch „Rettet Europa, nicht nur die Banken“ nachgewiesen (Tectum Verlag Marburg 2014). – das gilt in diesem Falle übrigens auch für Schäuble.

Sicht zu verschaffen, statt „auf Sicht“ im Nebel herumzulavieren!

Dann betritt – nach dem abrupten Atomausstieg – plötzliche „eine neue Kanzlerin“ die Bühne. Ihre Entscheidung vom September, das wirklich bedrückende Flüchtlingsdrama in Budapest zu beenden, indem sie kurzerhand „Dublin“ außer Kraft setzte und die Flüchtlinge ungeprüft „en bloc“ ins Land holte, überraschte die meisten Beobachter, auch, weil Merkel in den Monaten davor kaum etwas Substanzielles zum Flüchtlingsproblem gesagt hatte. Und dass sie bei dieser Entscheidung bis heute bleibt, wenn inzwischen auch mit vielen Werns und Abers zur Beruhigung ihrer Partei und der zunehmend besorgten Bürger, wird ebenfalls gelobt. Was ist das Überraschende dabei? Zuerst eine deutliche, klare Entscheidung, dann ein Festhalten an dieser Entscheidung trotz Popularitätseinbußen und heftigem Streit in der „kleinen Koalition“ CDU/CSU, dann eine sehr emotionale Rhetorik im Nachhinein. Da überschlagen sich die fast hymnischen Kommentare: „Vom Rausch der selbst die Kanzlerin mitriss“, „Herz und Verstand“, „die verspätete Kanzlerin“, „Mutter Angela“ als Mutter Teresa auf dem SPIEGEL-Titelbild, „die Schutzpatronin“, „sie zeigt sich mitfühlend“, „Kanzlerin mit großem Herzen“, bis hin zu dem fast pittoresken Vergleich zwischen Merkel und Seehofer: „Es stehen gegeneinander das Prinzip Stacheldraht und das Prinzip Weltfrieden.“ Und schließlich der Baden-Württembergische Ministerpräsident Kretschmar: „Die Kanzlerin ist ein unglaublicher Stabilitätsfaktor in Europa, und sie zeigt große Weitsicht.“ – das kann in seiner doppelten Fehldeutung wohl schon als plumpe Bewerbung für eine Schwarz-Grüne Koalition verstanden werden. Und als die Kanzlerin nach Silvester wie üblich reagiert („wenn..., falls..., sollte..., sei zu prüfen...“), jubelt die „Hamburger Morgenpost“ (08.01.2016) „Jetzt will Merkel durchgreifen“, und „die Sex-Mob-Attacken lassen sie zur Klartext-Kanzlerin

werden“. Ein Journalismus, der sich so leicht zufrieden stellen lässt, taugt nicht zur „Vierten Gewalt“!

Auch sie selbst sprach ungewohnte Töne, von der „Aufgabe, die uns der Herrgott auf den Tisch gelegt habe“, von der christlichen Nächstenliebe, von der Aufgabe, die wir (die CDU) schaffen werden, weil wir eine christliche Partei seien. Und dann die bei nüchterner Betrachtung schon eigentümliche Idee, sie zur Friedensnobelpreisträgerin hochzujubeln. Gewiss – den haben schon zweifelhaftere Personen bekommen, aber wo ist bei ihr die lang anhaltende, beharrliche Zielverfolgung, die analytisch gestrenge, mutige Politik, die z.B. beim Friedensnobelpreisträger Willy Brandt über Jahre vorhanden war? Ähnliches ist zu ihrer Stilisierung zur „mächtigsten Frau der Welt“ zu sagen, als gäbe es z.B. Janet Yellen und Christine Lagarde nicht; und noch bizarre fast die Wahl zur „Person des Jahres 2015“ durch das US-Magazin TIME, bizarr vor allem, wenn man die Begründung liest: (1) Sie hat Europa geeint (was uns gerade um die Ohren zu fliegen droht, auch dank ihrer Politik). (2) Sie stellt sich mutig Diktatoren entgegen (wenn sie diese nicht gerade mit Waffen beliefert, wie z.B. Saudi Arabien). (3) Sie zeigt Führungsstärke (die ich, wie ich in diesem Kapitel aufzeige, gerade schmerzlich vermisste da, wo es darauf ankommt). Und noch etwas irritiert mich und zeigt die mediale Verzerrung: Es begann ein Fragen und Raunen im Blätterwald, das an die frühere Kreml-Astrologie erinnerte: *Was denkt sie sich dabei? Wieso tut sie das? Was treibt sie? War sie schon immer ein so emotionaler, empathischer Mensch? Ist ihre bisherige Kühle nur Selbstschutz?* – und so weiter. Kurioserweise zerbrachen sich vor allem SPIEGEL-Redakteure ihre Köpfe, was denn nun Merkels „Geheimnis“ sei: „Es wurde darüber spekuliert, ob sich Merkel angesichts der Flüchtlingsströme und des menschlichen Leids hat hinreißen lassen, vom Mitleid, von Gefühlen.

Das ist möglich, gerade weil sie ein eher kühler Typ ist. ... Wahrscheinlicher ist jedoch, dass sich Merkel ihre Sätze zu den Flüchtlingen genau überlegt hat. Dass sie sich angesichts der Größe des Problems für große Politik entschieden hat ..., um Politik und Gesellschaft auf ein Ziel zu verpflichten. Insofern ist die neue Merkel ganz die alte, die rationale Politikerin.⁷ Diesen letzten Satz kann ich sogar teilweise unterstreichen („ganz die alte“), allerdings mit einer ganz anderen Bewertung.

Wäre Helmut Schmidt nicht vor Kurzem gestorben, hätte man ihn jetzt auch so heranziehen können bzw. müssen. Kann man sich all diese Kommentare, Hymnen und Fragestellungen bei ihm vorstellen? Nein! Warum nicht? Weil er ein zielbewusster, analytisch und in historischen Zusammenhängen denkender, sich nicht in den Ackerfurchen der Meinungsforschung verkriechender Akteur war, der gründlich durchdacht hatte, was er tat, und es entsprechend „dem Volk“ erklären konnte – und das auch leidenschaftlich tat. Das ist für mich die Folie für mein Bild von Merkel, das ich hier in kurzen Strichen skizzieren will:

2. Meine Interpretation der „neuen Merkel“

Ich schicke vorweg: Die Aktion, die grausame, entwürdigende und Europa beschämende Situation des Elends in Budapest mit einem Akt der Menschlichkeit „unbürokratisch“ zu beenden, bejahte ich. Was mich heute umtreibt, ist das, was davor und danach geschah (bzw. was davor eher nicht geschah!) Und dazu habe ich mir ein eigenes Bild der Merkelschen Motivation gemacht, das nach all der lobhudelnden Merkel-Astrologie über die letzten Monate auch gestattet sein dürfte. Gleich vorweg: Ich habe ein wenig schmei-

chelhaftes Bild von unserer Kanzlerin. Sie ist bei genauer Betrachtung ihrer Politik eine in der Wolle gefärbte Neoliberale, was vor allem in ihrer Euro-Rettungspolitik deutlich wurde, aber, wie ich schon beschrieb, auch in ihrer Innenpolitik der zunehmenden Entsolidarisierung, Vereisung und Ökonomisierung der Gesellschaft, bis hin zu ihrem Begriff von der „marktkonformen Demokratie“. Sie ist ein kalter Machtmensch, was fast ihre gesamte Politik gegenüber Freund und Feind und auch gegenüber dem Volk diktiert, bis hin zu bedenkenlosen Personalentscheidungen, z.B. die zweimalige Inthronisierung des willigen Knechtes Barroso als EU-Kommissions-Chef oder die peinliche und teure Inthronisation von Christian Wulff zum Bundespräsidenten, oder ihr aktueller Versuch, eine Wiederwahl des EU-Parlamentspräsidenten Martin Schulz zu verhindern. Auch, wenn die Sache darunter leidet, z.B. Europa, Hauptsache ihr nutzt die Personalie oder ihr schadet sie zumindest nicht. Sie ist eine gnadenlose Populistin, allerdings von der sanften Art, und außerdem nicht selten gar nicht „sachlich“, wobei sie dem Volke, je nachdem wie es die Meinungs-Umfragen oder ihr ausgeprägter Instinkt ihr signalisieren, nach dem Maule redet, heute so, morgen so. Zu diesem Populismus gehört auch, wozu sie schweigt. Es gibt viele schwerwiegende Dinge, zu denen sie nichts sagt, jedenfalls erst einmal nichts (Nachdenken? Nein: Vorsicht, erstmal schauen!), aktuell z.B. zu beobachten beim VW-Skandal. Komischerweise fällt das der Presse immer erst sehr spät auf: „*Nun sollte aber endlich die Kanzlerin mal etwas sagen!*“

Sie ist, wie kaum ein anderer Politiker, eine Meisterin des gut gewachsenen Wortes, das bei Presse und Publikum Sorgen beruhigt, Aufregungen besänftigt oder aber so „bestätigt“, dass es dann auch gut ist (Musterbeispiel: ihre aktuelle Neujahrsansprache). Das Wort steht viel zu oft für die Tat – und keiner fragt später mehr danach. Beispiele: Das eben

⁷ So der Journalist Dirk Kurbjuweit im SPIEGEL, Heft 44/2015, S. 40 ff.

zitierte Wort zum Abhörskandal, oder diese Blüte: „*Diejenigen, die unverantwortliche Geschäfte gemacht haben, werden zur Verantwortung gezogen, das sind wir auch den Steuerzahlern in Deutschland schuldig.*“⁸ Folge dieser Ankündigung: Nicht nur „Null“, sondern „Null Minus“, denn kurz darauf richtete sie dem Oberschurken Ackermann eine Geburtstagsfeier im Kanzleramt aus! Das Medien-Echo: statt eines empörten Aufschreis nur ein Säuseln. Toll, wie sie das immer wieder hinkriegt. Trotz dieser Diskrepanz zwischen Reden und Tun und prototypisch für die journalistischen Kotau-Mantras hier ein Satz des (ehemaligen) SPIEGEL-Redakteurs Nikolaus Blome: „*Bislang war sie der Überzeugung, dass, wer regiert, nicht ankündigen dürfe, was er nicht alsbald auch zu „liefern“ in der Lage sei. ... Ihr Handeln und Reden nach diesem Grundsatz auszurichten ist eines der Merkelschen Machtrezepte.*“⁹ Hier ist Herr Blome den Merkelschen Selbstzuschreibungen völlig aufgesessen. Die Liste der sogenannten Chefsachen ist lang, die bisher eher Begräbnisse waren. Und der Atomausstieg als erste „spontane Aktion“ war genau keine Entscheidung, die vom „Ende her gedacht“ war. Wer, als Physiker (!), vehement für die Verlängerung von Atomlaufzeiten streitet, um ein halbes Jahr später aufgrund einer Atom-Katastrophe, die keinen Physiker hätte überraschen dürfen, genau das Gegenteil zu tun, sollte Verdacht erregen. Die wohl treffendste Lesart dieser spontanen „Wandlung“: Zu befürchten stand, dass die CDU-Bastion Baden-Württemberg in der anstehenden Landtagswahl fiel und damit ihre Mehrheit im Bundesrat. (Ein wichtiger Merkel-Richtpfeil!) Denn – der wichtigste Merkel-Richtpfeil – das Volk war mit übergroßer Mehrheit inzwischen für den Ausstieg. Da konnte, da musste sie es wagen. Überzeugung? Die Art, wie sie diese gewaltige Aufgabe seitdem traktiert, spricht

eher dagegen – oder ist ein handlungsbezogenes Armutszeugnis.

Insofern hat sich meines Erachtens im August/September 2015 bei der Ungarn-Entscheidung der Kanzlerin dasselbe wiederholt. Vergewissern wir uns der Umstände: Mindestens seit 2013 war deutlich zu sehen, dass Europa das Flüchtlingsproblem „auf die Pelle“ rückt (Lampedusa!), dramatisch dann ab Winter 2014/15. Während die Lager in den Krisengebieten überquollen, die Zuzugs-Situation immer dramatischer wurde, zigtausende Bürger, viele Sozialeinrichtungen und Kirchen sich in beispieloser „Willkommensarbeit“ geradezu aufzehrten, während am rechten Rand der Fremdenhass immer stärker seine grässliche Fratze erhob, Heime brannten und Flüchtlinge vom Mob gejagt wurden, schwieg die Kanzlerin fast wochenlang. Das „gute Deutschland“ war ihr Meilen voraus. Stattdessen zelebrierte sie das telegene G8-Treffen auf Schloss Elmau, das über 300 Millionen Euro kostete, 24.000(!) Polizisten beschäftigte und außer schönen Bildern inhaltlich so gut wie nichts brachte – eine dieser vielen politischen Symbol-Schaustücke, die sie in den letzten 10 Jahren vorführte. Endlich raffte sie sich auf (lange nach Gabriel!), ein „umkämpftes Flüchtlingslager“ zu besuchen (Heidenheim), und dann passierte im Juli 2015 die für sie in der medialen Wahrnehmung peinliche Geschichte mit dem weinenden Flüchtlingsmädchen Reen. In allen Umfragen, die die Kanzlerin sich regelmäßig vorlegen lässt, leidet ihr sonst fast makelloses Image an einem Punkt: „Das Volk“ hält sie für zu kalt, für zu unemotional, für unnahbar. In diese negative Image-Kerbe schlug nun die besagte Szene und ihre mediale Wirkung. Dann schwoll das Problem dramatisch an, ebenso die unglaubliche Hilfsbereitschaft großer Bevölkerungsteile; es folgte das Bild von dem ertrunkenen Jungen am Strand, und am 25.08.2015 die schreckliche Szene mit dem LKW mit den über 30

⁸ Erklärung zur Finanzkrise vom 01.01.2009

⁹ SPIEGEL, Heft 2/2015, S. 29

erstickten Leichen. Gleichzeitig, und das ist immer das Wichtigste für Merkel, stieg deutlich die Mehrheit in Deutschland, die die Flüchtlinge angstfrei willkommen hieß, die Aufnahme und die Hilfe bejahte!

Und da ergriff die Kanzlerin, der man ja mediales Geschick nicht absprechen kann, zu, als die Bilder aus Budapest immer bedrückender und beschämender wurden, und fällte ihre Entscheidung, „Dublin“ zu negieren, und die Flüchtlinge ausdrücklich und „en bloc“ ungeprüft in Deutschland aufzunehmen. Als dann noch „I love you, Merkel“ auf Flüchtlings-Transparenten stand, und eine Ghanaerin ihre auf der Flucht geborene Tochter „Angela Merkel“ taufte (nicht, wie Springer's WELT jubelte „*Flüchtlingsmütter und ihre Kinder*“), als ihr die mediale Zustimmung und Bewunderung zuflog, als ihre Selfies mit Flüchtlingen zur Ikone wurden, war ihre Popularitätsscharte „fehlendes Herz oder fehlende Emotion“ (neudeutsch „fehlende Empathie“) weggebügelt, und nun konnte sie nicht mehr zurück, ohne sich selbst „unmöglich“ zu machen. Seitdem versucht sie, eher ungesichert, das anschwellende Problem und die steigende Verunsicherung in ihrer Partei und im Wahlvolk entgegen zu treten, indem sie zumindest verbal zurückrudert („Eindämmen“) sowie mit Placebo-Aktionen (Grenzkontrollen). Alle anderen aktuellen Aktivitäten der GROKO und der EU in der Folgezeit sind kleine Korrekturen im Sinne der „Abschwächung“ oder „Eindämmung des Flüchtlingsstroms“, aber nichts Grundsätzliches, nichts Langfristiges, zum Problem. Beispielhaft nenne ich die Vereinbarungen und die bereitgestellten Summen auf dem Afrika-Gipfel der EU im November 2015.

Dieses ist meine Lesart der Geschichte, die noch verständlicher wird, wenn ich die Umstände, die Vor- und Nach-Geschichte beschreibe, die das Ganze m. E. als eine kaum

noch steuer- und verantwortbare Politik darstellt.

3. Die Vorgeschichte – eine Kette von Versäumnissen und „Empathielosigkeit“

Zuerst zur Aktion selbst: Ja, das war eine gute Tat! Aber sie war impulsiv aus den eben kritisierten Motiven und genau nicht „vom Ende her gedacht“. Warum z.B. keine Absprache mit den, zumindest aber Information der anderen Länder, ihren Amtskollegen? Immerhin hat sie (von ihr mitinitiiertes und bis dahin strikt verteidigtes) europäisches Recht („Dublin“), so anfechtbar und porös das inzwischen war, dekretorisch im Alleingang außer Kraft gesetzt, etwas später auch noch eindeutig und explizit vor dem europäischen Parlament in Straßburg („*Dublin ist obsolet*“). Keine Zeit? Die Situation schwelte seit Wochen, und um Griechenland ein paar Prozente mehr Sozialkürzung oder Mehrwertsteuer zu oktroyieren, traf man sich im Sommer im Ministerrat und im Europäischen Rat fast in Permanenz, da hätte das Flüchtlingsproblem wohl irgendwann einmal ein Thema sein können und müssen. Selbst, wenn Merkel im Europäischen Rat im August/September keine Mehrheit für ihren Schritt gefunden hätte, wäre zumindest der erneute Eindruck eines deutschen Diktates vermieden worden (eine gefühlte „deutsche Erpressung“), der ihr in den Wochen danach dann so schwer und für die Zukunft folgenreich auf die Füße fiel. Zum Zweiten hätte sie ganz deutlich klarmachen müssen: Dies ist eine einmalige Einzelaktion! Statt im Überschwang der Popularitätswelle den Eindruck zu erwecken: Alle sind willkommen, ohne Formalitäten, allen wird geholfen! Wohlgernekt: Die Selfies haben nicht – wie der Kanzlerin gelegentlich vorgehalten wurde – die Flüchtlingswelle verstärkt, dazu sind deren Gründe viel zu existenziell, aber sie haben die Richtung festgelegt: Deutschland! Und mit „Wir schaffen das“ fegte Merkel dann

auch die letzten Bedenken vom Tisch, wirkmächtig auch auf den Smartphones der Flüchtlinge. Die Zeit danach steht uns vor Augen: Das übliche Hin und Her nach einer sehr unbedachten Aktion, der hilflos eiernde Innenminister, die parteipolitischen Streitereien im Treibhaus Berlin, während „unten“ zigtausende Bürger und Kommunalmitarbeiter die „Kohlen aus dem Feuer“ holen müssen, die steigende Welle ekelerregenden Fremdenhasses, feiger, brutaler Gewalt, sinkender Streitkultur und demokratischen Rechtsverständnisses, das hilflose, oft nur verbale Rückrudern der Kanzlerin bei ihrer ansonsten unkorrigierbaren Grundsatzentscheidung „keine Obergrenze“ – obwohl mit Händen zu greifen ist, dass dieser u.a. durch Merkel neoliberal abgerüstete Staat die Sache im weiteren Verlauf alleine nicht mehr bewältigen kann. Dazu die bis heute nicht erfolgte Einsicht in den Umfang und die Qualität des Problems, spürbar an den fahlen Beschwichtigungen (z.B. Altmeier: *Gefahr steigender Arbeitslosigkeit ist Gerede*), aber auch in der aktuellen Neujahrsansprache der Kanzlerin.

Noch schlimmer ist das Inhaltslose des Mantras „die Ursachen bekämpfen“. Bis heute z.B. gibt es keine durchgreifende Hilfe für die explosive Lage in den Flüchtlingslagern – das erste, was Merkel und Schäuble schon im Frühjahr, spätestens zusammen mit Merkels Budapest-Entscheidung hätten unternehmen müssen, und hier im Zweifelsfall wirklich mal im Alleingang, denn uns brennt das Problem am meisten auf den Nägeln. Viertelherzigkeit an allen Ecken, Hilflosigkeit gegenüber dem rechten Mob, warme Worte statt „deutscher Flexibilität“ (Merkel) bei der Hilfe vor Ort, in den Kommunen, bei den Hilfsorganisationen, für die Menschen, die bis zur physischen und finanziellen Erschöpfung helfen. (Hilfen für kriminelle Banken gingen schneller und teilweise um Potenzen großzügiger!) Dass Merkel sich nun viel zu spät um europäische Solidarität bemüht, sei vermerkt, leider u.a.

durch eigene Schuld folgenlos – dazu später mehr. Die Hilflosigkeit wird deutlich an der flatterhaften Politik des Innenministers, der sich u.a. mit dieser kolossalen Aussage als Fehlbesetzung entlarvte: „*Wir geben seit Jahren Millionen Entwicklungshilfe nach Afghanistan, da kann man erwarten, dass die Leute da bleiben.*“ Das bisschen Entmachtung und die Notbesetzung mit Herrn Weise, der schon seine Nürnberger Arbeitsagentur mehr verwaltete als gestaltete, und die Einsetzung von Altmaier als einzige organisatorische Folgerung!? Diese ganze Misere der Folgepolitik erinnert fatal an Merkels Bravourritt mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und dem chaotischen Management danach. Haben die Kanzlerin und Herr Schäuble keine vernünftigen Berater in Berlin? Zwar gibt es jetzt erst Probelaufe für eine rasche Bearbeitung der Asylanträge und eine Personalaufstockung beim BAMF, wo noch 350.000 Anträge liegen, gleichzeitig will man für die Syrer wieder die – eigentlich richtige und gesetzlich gebotene – Einzelfallprüfung einführen, wohl auch als Reflex auf die Terror-Ängste in der Bevölkerung. Aber das geht doch vorne und hinten nicht zusammen! Auch die gut angenommene Aufstockung des Bundesfreiwilligendienstes um 10.000 Plätze ist ein richtiger Schritt – aber warum erst jetzt? Und wie ordnet sich das in die Personalsituation der ziguausend Ehrenamtlichen ein? Außerdem ersetzt das nur die Manpower des Einsatzes von ca. 8.000 Bundeswehrangehörigen, der in diesem Jahr Stück für Stück zurückgeführt werden muss.

Gehen wir einen Schritt zurück vor die Ungarn-Entscheidung, um deutlich zu machen, was ich behaupte: Merkel hat in ihrer ganzen Tätigkeit der letzten Jahre nichts dazu getan, das Problem Flüchtlinge und Integration zu lösen. Kontraproduktiv hat sie dagegen den Staat so verschlankt, dass er heute fast unfähig ist bei der Bewältigung der Probleme. So muss man politische Pleiten endlich ein-

mal nicht vom Ende, sondern von den Ursachen her sehen! Grundsätzlich war ihre jetzt auf dem CDU-Parteitag im Dezember 2015 so gelobte christliche Partei schon seit den Millionen Gastarbeitern ab den 50er/60er Jahren nicht gewillt, Integration zu betreiben. (Was bei allem Dennoch-Gelingen bis heute auch Probleme hinterließ, z.B. Getto-Bildung, Parallel-Kulturen.) Die CDU/CSU hat bis heute kein Einwanderungsgesetz gemacht, weil sie bis heute behauptete, wir seien kein Einwanderungsland (das ändert sich jetzt vorsichtig unter dem gewaltigen Druck der Verhältnisse, trug aber seinen Teil bei zu den aktuellen Problemen). Und bis heute steht Einwanderungswilligen ein Gestüpp von teilweise entwürdigenden bürokratischen Prozeduren entgegen. In all den 40 vergangenen Jahren hat nur die Schröder-Regierung Schritte in der Staatsbürgerfrage gewagt, um die Situation etwas zu humanisieren. Bei der Balkan-Krise in den 90er Jahren taten sich neben Teilen der Presse (vor allem BILD) auch die damalige Familien- bzw. Umweltministerin Merkel mit fremdenfeindlichen Parolen hervor („*Flucht bzw. Wanderung in die Sozialsysteme*“). Da war sie in guter Gesellschaft mit der hässlichen Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in Hessen („*Wo kann man hier gegen die Ausländer unterschreiben?*“) oder so einer Verirrung wie „*Kinder statt Innen!*“ in NRW. Und dann verkündete Merkel vor einigen Jahren völlig zusammenhangslos: „*Multikulti ist total gescheitert!*“ (Oder war das vielleicht ihr üblicher Populismus im Schatten des Sarrazin-Erfolges?) Noch im Frühjahr 2015, als der Flüchtlingsstrom dramatisch anschwoll und die Registrierung hoffnungslos hinterherhinkte, wurde ein Antrag des BAMF auf deutliche Personalerhöhung von der Regierung abgelehnt! Ebenfalls im Frühjahr 2015 wurde die EU-Marineaktion „*Mare Nostrum*“ zur Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge eingestellt und nur halb ersetzt, und das bei Tausenden von Toten im Mittelmeer, Ergebnis: über 4.000 Tote – Empathie?

Ein letzter Skandal in einer Serie von Blindheiten bzw. hartherzigen Kaltschnäuzigkeiten lieferten Merkel und Schäuble im Sommer: Mitten in der „Griechenlandkrise“ und danach wurde dieses Land von einer Riesenwelle von Flüchtlingen aus der Türkei geradezu überrannt, die es laut „Dublin-Vertrag“ versorgen musste. Die Internationale Organisation für Migration meldete, dass von den ca. 1 Million Flüchtlingen in 2015 mehr als 820.000 (!) in Griechenland eintrafen. (Aktuelle Zahlen Anfang 2016: 1,1 Millionen Flüchtlinge, also entsprechend mehr über Griechenland.) Da meckerte und mahnte die EU Griechenland an, statt rechtzeitig und wirksam zu helfen. Hätte die EU im Frühjahr/Sommer 2015 einen Aktionsplan entwickelt, wie die Flüchtlinge in Griechenland menschenwürdig aufgenommen und ordentlich registriert hätten werden können, wäre viel unnötiges Leid und großer Schaden u.a. von Deutschland abgewendet worden. Stattdessen feilschte und feilscht diese Politikerriege bis heute um ihre sog. „Reformen/Verträge“ mit Griechenland – und Merkel pochte auf „Dublin“. Inzwischen hat die EU ja etwas Geld locker gemacht, wie üblich zu wenig, und deutsche Politiker meinen, sie müssten weiterhin auf ein auch durch ihre Politik ausgeblutetes Land einschlagen wegen der sicher bestürzenden Lage der Flüchtlinge in Griechenland. Bayerns Innenminister Herrmann: „*Was Griechenland leistet, ist eine Farce.*“ Und als Juncker im Mai bei Merkel vorsprach, um über einen Verteilungsschlüssel der Flüchtlinge für die EU zu reden, wies Merkel ihn noch brusk ab: „*Aktuell kein Thema!*“ Das alles ist meilenweit von Weitsicht, politisch-ökonomischer Vernunft und noch mehr von „Empathie“ entfernt – aber zeitlich so nah, das selbst ihr Eigenlob, „stets auf Sicht zu fahren“, das hätte ins Bild kriegen müssen! Das alles war weitgehend die Politik von Merkel und Schäuble. Wie zahnlos sind unsere Medien eigentlich inzwischen, dass sie solch politisches Gebaren

unkritisch durchrutschen lassen, nicht einmal heute am Merkel-Bild kratzen mögen!?

4. Die wohl folgenreichste Katastrophe – das u.a. durch Merkel und Schäuble mit verursachte Zerfallen der politischen Solidarität in der EU

Das für die Zukunft gerade für unser Land wohl gewaltigste Problem, das durch die Flüchtlingskrise aufgebrochen ist, ist das Zerbrechen der europäischen Solidarität in dieser Krise. Natürlich muss man vor allem die östlichen Mitglieder kritisieren, aber auch Frankreich und England beispielsweise verweigern sich massiv – und warum wird nicht endlich einmal einer der Hauptverursacher des Nahost-Dramas von der EU in die Pflicht genommen, die USA!? Dasselbe gilt für die arabischen Staaten! Und es ist stark zu bezweifeln, ob die aktuell diskutierten „Strafmaßnahmen“ wirken und uns und den Flüchtlingen wirklich helfen, oder ob sie Europa nicht noch weiter auseinander treiben!? Dazu kommt, dass nun „dummerweise“ ausgerechnet deutsche Politiker die polnische Regierung, wenn auch zu recht, angehen (diese ewige deutsche Zuchtmeister-Attitüde), wobei die polnische Regierung auch sieht, dass „wir“ zu ähnlichem Vorgehen von Rajoy in Spanien geschwiegen haben (u.a. fast völliges Aushebeln des Demonstrationsrechtes!) und auch bei Orban nur etwas kritischen Wind machten. (Wobei interessant ist, dass jetzt nach „Köln“ Frau Merkel das anmahnt, was sie Orban im Herbst noch vorwarf.)

Das unsolidarische Verhalten u.a. vieler Ostländer hat jedoch Ursachen: In der Euro-Krise haben Merkel/Schäuble durch ihre Spardiktate und die gezielte ökonomische Zerrüttung der Krisenländer die gerne zitierten europäischen „Werte“ mit Füßen getreten, trotz des ständigen Selbstlobs über die „deutsche Solidarität“ mit den Völkern dort eben mit diesen keine Solidarität praktiziert,

sondern fast nur mit den Banken! Sie haben souveräne Regierungen und Völker wie Vasallen behandelt und teilweise gedemütigt. Sie haben mit peinlichem Lautsprech („In Europa wird jetzt deutsch gesprochen“) und mit zur Schau gestellter, teilweiser penetrant inszenierter Führungsrolle (ich erinnere z.B. an den Strandspaziergang in der Normandie von Merkel und Sarkozy), viele Partner düpiert und in die Groll-Ecke gedrängt, sie haben die politische und soziale Basis vieler Völker zerstört, zumindest ruiniert – und all das ohne die geringste Nachfrage der Medien bei uns, die haben wie Schafe das Mantra von den „notwendigen Reformen“ nachgekaut! Da sind Verletzungen, natürlich auch Verletzungen von Eitelkeiten, geblieben, die Merkel heute „ins Gesicht blasen“. (Aktuell geschieht Ähnliches heute wieder mit Merkels demonstrativer Nähe zu Cameron.) Die i.d.R. eher regierungsfreundliche dpa formuliert zum letzten EU-Gipfel Mitte Dezember: „*Auf dem EU-Gipfel zum Jahresende musste Kanzlerin Angela Merkel in Brüssel mit heftigem Gegenwind kämpfen, und es sah so aus, als hätten viele Partnerländer fast Vergnügen daran, Deutschland in seine Schranken zu weisen. Das gilt vor allem in der Flüchtlingskrise.*“

Die europäische Solidarität wurde schon im Sommer mit den letzten, sozial fast bösartigen und ökonomisch blinden Griechenland-Diktaten schwer beschädigt. Abgesehen davon, dass 5 Länder bei der Flüchtlingsfrage schon mal per se ausfallen, da ihr von der Troika mitzerstörtes Wirtschaftsleben u.a. zu ca. 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit führte (Irland, Spanien, Portugal, Griechenland, auch Italien und am Rande Zypern). Dass diese Länder keine i.d.R. jungen Flüchtlinge aufnehmen können und wollen, müsste sogar die ökonomisch kaum beschlagene Kanzlerin einsehen. Dazu kommt, dass fast alle anderen Länder deutlich größere ökonomische Schwierigkeiten haben als wir. Natürlich zählt

auch die eher neoliberal gepolte Politik der EU-Kommission mit ihrer „molekularen“ Zerstörung der sozialen Basis und des sozialen Friedens in den Völkern zu den Totengräbern der europäischen Solidarität – siehe fast alle letzten Wahlen in Europa. Dazu hat man in der EU kein Strukturen zur Flüchtlingspolitik aufgebaut, obwohl das Problem seit Jahren droht. Man hat nur verdrängt und sich gesperrt und mit „Dublin“ alles andere als europäische Solidarität installiert (vor allem auf Drängen von Merkel und Schäuble). Was wundert man sich eigentlich da!? Die Völker spielten sowieso keine Rolle im EU-Regierungsgekungel. Man beachte nur eine zynische politische und soziale Instinktlosigkeit der GROKO, mitten in der Flüchtlingskrise, wo ständig von plötzlich vorhandenen Milliardensummen die Rede war, die Hartz-IV-Sätze von Millionen alleinstehender Mütter und ihrer Kinder um monatliche ganze 5 Euro zu erhöhen! (Auch das ohne mediales Echo!) Wo soll da Bereitschaft wachsen? So macht man nicht nur Europa handlungsunfähig, sondern legt durch zerstörte Handlungsbereitschaft und nicht aufgebaute Handlungsfähigkeit in der Flüchtlingsfrage die Lunte an die EU – und an den sozialen Frieden in Deutschland, denn bei uns strandet der Strom auch weiterhin! Das Flüchtlingsproblem ist kein Saisonproblem, es war seit Jahren absehbar und ist wahrscheinlich ein Dauerproblem!

Weiter im Text: Erst beförderte Merkel die im Ansatz ungerechte, aber für Deutschland nützliche „Dublin-Regelung“ – eine eklatante Verletzung europäischer Solidarität schon damals! Dann bügelte sie 2 Jahre lang u.a. Renzis Hilferufe (Lampedusa – noch in Erinnerung?) mit „Dublin“ ab, und jetzt erwartet sie, nachdem sie im Alleingang „Dublin“ für obsolet erklärt hat, von den anderen Ländern Hilfe und Solidarität. Mich erinnert das alles sehr an einen Elefanten im europäischen Porzellanladen. Als Merkel ab 2010 mit dem

Mantra hausieren ging „Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa“ (im Übrigen eine kolossale politische Fehleinschätzung) und dabei gar nicht merkte, dass sie damit die „Bestie Finanzkapital“ geradezu zur Spekulation gegen den Euro herausforderte (was uns im Übrigen zig Milliarden kostete), dachte ich noch: Naja, die Dame hat von Ökonomie keine Ahnung. Jetzt, mitten in dem für uns existenzwichtigen Kampf für europäische Solidarität, sagte sie auf dem CDU-Parteitag im Dezember: „Es gehört zur deutschen Identität, dass wir Großes vollbringen können, und deshalb schaffen wir auch diese Herausforderung!“ Wieder so eine nationale Pausbäckigkeit. Wer so dröhnt und jahrelang ständig erzählt „uns geht's gut“, lädt doch die europäischen Partner geradezu ein, so zu tun, als sei das unser Problem! Es mangelt Merkel an Instinkt und an der viel gepriesenen Sachlichkeit. Allerdings wäre gut, sie würde, erstmals in ihrer Regierungszeit, nun auch mal Großes schaffen, nämlich das Flüchtlingsproblem für unser Land überhaupt und vor allem sozialverträglich zu lösen! Sie müsste dazu allerdings gewaltig über ihren Schatten springen und bräuchte eine Partei, die sich nicht so einlullen lässt, und einen Koalitionspartner, der begreift, was die Stunde geschlagen hat – vor allem die Stunde der SPD.

5. Das elende Versagen nach außen („Ursachen bekämpfen“?)

Ein weiterer, noch viel unverständlicher und politisch und moralisch noch viel verwerflicher „Fehler“: Seit Jahrenbettelt UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der UN, um Hilfe für ihre Arbeit in den Flüchtlingslagern in Nahost und Afrika. Auch Deutschland, ständig mit seiner guten Haushaltsslage protzend (Merkel und Schäuble im Dauerton: „Uns geht's gut“, obwohl diese Regierung für diese Haushaltsslage gar nichts kann), hat die eh schon viel zu geringe Umlage immer noch nicht voll eingezahlt. Speziell seit dem Som-

mer und bis heute ist dieses politische und moralische Verbrechen einer der Hauptgründe für den Exodus nach Deutschland! Was für eine Verantwortungslosigkeit, auch gegenüber dem deutschen Volk, das jetzt die Folgekosten für dieses unglaubliche Versagen, diese unglaubliche politische Hartherzigkeit, tragen muss! Wir, Deutschland und die EU, haben auch so gut wie nichts unternommen, die Krisen dort einzudämmen, außer jetzt – parallel zur „Flüchtlingsexplosion“ – ausgegerechnet Saudi Arabien weiter Waffen zu liefern (geradezu eine von Merkels politisch-strategischen Obsessionen). Unfassbar!

Und, fast vergessen: Einer der Hauptgründe für den aktuellen Krieg und Terror dort und für die Geburt des IS war der verbrecherische und politisch strunz dumme Angriff von Bushs USA auf den Irak, und dies wäre nach Merkels Willen damals mit uns als „Willigen“ passiert! Schröder lehnte 2003 eine Beteiligung ab, und Merkel als Oppositionsführerin fuhr umgehend in die USA, um sich dafür kriecherisch zu entschuldigen – ihre augenscheinlich tief sitzende Unterwürfigkeitshaltung gegenüber den USA. Haben wir, haben die Medien diesen auch staatspolitisch unerträglichen Akt unserer heutigen Kanzlerin schon vergessen? Wir säßen mit Merkel heute noch mehr mittendrin als sowieso schon! Und ich kenne keine solide Demokratie im Westen, wo ein Oppositionsführer in einer auch national so wichtigen Frage so hinterhältig gehandelt hätte, der Regierung so „in den Rücken“ gefallen wäre! Unsere Medien haben damals den doppelten politischen Skandal dieser Merkel-Reise kaum bemerkt! Und dazu passt auch dies: Für 2015 hat die GROKO eine Halbierung der Waffenexporte versprochen – herausgekommen ist eine Verdoppelung!!! Wie viel Heuchelei geht noch, Frau Merkel und Herr Gabriel? Nur summarisch erwähne ich, dass die Bundeskanzlerin bei keinem der geopolitischen Probleme, die jetzt und in Zukunft verstärkt für einen andauernden

Flüchtlingsstrom sorgen, irgendeine nennenswerte kritische Position einnahm oder jetzt einnimmt. Ich nenne den Waffenhandel, die turbokapitalistische Globalisierung, Handelsungerechtigkeiten, die Ausbeutung der Rohstoffländer, den Klima-Wandel. Mit einem roten Anorak auf Grönland-Eis zu posieren reicht nicht, sondern ist verlogen, wenn Merkel gleichzeitig in Brüssel alles unterläuft und verhindert, was der deutschen automobilen Dickschiffindustrie Schranken bei der Vergiftung der Luft und der Zerstörung der Atmosphäre auferlegen könnte! So etwas bringt zwar dicke Parteispenden ein (z.B. BMW), aber es wird von den europäischen Partnern als Heuchelei auf dem Hintergrund ständiger deutscher Belehrung negativ wahrgenommen.

Es wird langsam Zeit, dass wir und die Medien Politik wieder in diesen Zusammenhängen begreifen, nach „cui bono“ fragen, nachforschen, wie sich z.B. so etwas wie das Zerbröseln der europäischen Solidarität entwickelt, nachfragen, wer was heute so und vor Jahren anders gesagt oder getan hat. Unser Anspruch an verantwortungsvolle Politik, an verantwortungsvolle Politiker, die beeidet haben, zum Wohle des jeweiligen Volkes zu handeln, ist u.a. durch die 10-jährige Merkelsche Politik-„Paralyse“ erbärmlich tief gesunken. Noch ein Zitat dazu vom FDP-Chef Lindner: „*Ihre Stärke lag darin, das Land in Krisen zu beruhigen. Diesen Nimbus hat sie verspielt*“ – vor der Kritik eine eigenartige Glorifizierung mit einem verräterischen Inhalt: Ist „zu beruhigen“ wirklich eine Stärke oder gar ein Nimbus? Was für ein Politikverständnis? Ist „Krisen meistern“ gar nicht mehr gefragt? Als Anne Will am 07.10.2015 die Kanzlerin fragte, ob man die ganze Flüchtlingswelle nicht hätte viel früher erkennen können, ob die Situation in den Massenlagern in Nahost uns nicht hätte warnen sollen, zuckte die Kanzlerin die Schulter mit gespielter Selbtkritik: Sie hätte das nicht so

recht wahrgenommen, hätte gedacht, das sei ja alles so weit weg, das beträfe uns nicht! Wie viel verantwortungslose Larmoyanz von Politkern dulden wir noch? Und es gab keine erstaunte Nachfrage von Anne Will – was für ein zahnloser Journalismus. Ich erinnere: Die UNHCR registrierte 2013 ca. 40 Millionen Flüchtlinge, 2014 ca. 50 Millionen Flüchtlinge, 2015 dann 60 Millionen Flüchtlinge, bettelte ganz intensiv seit 2014 um mehr Geld, es gab die Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer, es gab Warnungen der NGO's und von Kriegsberichterstattern!¹⁰ Ist Frau Merkel blind und taub? Lässt sie sich nicht beraten? Oder lassen ihr die unzähligen Lobby-Termine mit der Auto-, Finanz-, Chemie-, Energie- und Pharma-Industrie kaum Zeit für anderes? Ich komme auf Helmut Schmidt zurück: Kann sich auch nur einer von uns vorstellen, der hätte ein so entlarvendes „Geständnis“ von sich gegeben bzw. nötig gehabt?! Ich muss hier auf die Proportionen aufmerksam machen – aber es liegt sicher nicht nur an Helmut Schmidt, dass die heutige (europäische) Politikergeneration so zwergenhaft erscheint.

V. Einige kurze, aber harte Schlussfolgerungen

(1) Die Aufgabe ist wirklich gewaltig, wie einige meinen, sogar eine „Jahrhundertaufgabe“. Sie wird erst einmal zig Milliarden kosten, nach innen und außen, aber wir müssen das packen, die Leute sind schließlich da, und die meisten, geben wir uns keinen Illusionen hin, werden bleiben! Aktuell gilt es, die Länder und Kommunen, die Hilfsorganisationen und – bei „flexibler“ Sozialgestaltung – auch die ztausend Helfer materiell zu entlasten (da, wo schon etwas geschieht, deut-

lich mehr als bisher, z.B. bei den Honoraren für Deutschlehrer). Wenn die Hilfsbereitschaft bleiben soll, und das muss sie unumgänglich bei „ausgetrocknetem“ Staat und auch um der Sache Willen (Integration), muss man die riesigen Opfer an Zeit durch Hilfe auf der materiellen Seite entlasten, z.B. kleine Pauschalhonorare – flexibel eben! „Deutsche Flexibilität“ sei jetzt gefragt, sagte die Kanzlerin vor Monaten – aber noch immer haben die Helfer „in der Ebene“ oft mehr mit den Tücken der Bürokratie zu kämpfen als mit den praktischen Problemen der Flüchtlingsarbeit. Das Misslingen der Integration wird ein unwohnliches Land erzeugen. Und neben der anderen Organisation der ehrenamtlichen Hilfe muss eine personelle Revitalisierung des Staatsapparates erfolgen. Die aktuell als Notfall eingesetzten circa 8.000 Bundeswehrangehörigen im Flüchtlingseinsatz illustrieren das.

(2) Die Aufgaben sind nur mit einer Reaktivierung des Staates im Sinne der inzwischen stark lädierten „Sozialen Marktwirtschaft“ zu lösen, in rechtlicher, personeller, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht. Die neoliberalen Austrocknungspolitik der staatlichen Organe und Einrichtungen muss ein Ende haben – auch weil alle deren Defizite und Probleme zu Lasten der unteren Bevölkerungsschichten gehen, also schon vor der Flüchtlingswelle da waren (u.a. bei der Polizei, wie die Silvesternacht es uns drastisch verdeutlicht hat). Der soziale Staat im weitesten Sinne ist für unsere Bürger und für die Neuankömmlinge neu gefordert, z.B. ganz dramatisch in der Wohnungspolitik und in der Beschäftigungspolitik.

(3) Die Reorganisation des Staates bedeutet vor allem auch die Organisation einer neuen Steuergerechtigkeit und einer radikalen Bekämpfung der Steuerflucht. Es stimmt auch weiterhin: Die teuersten Flüchtlinge sind noch immer die Steuerflüchtlinge! Diese Auf-

¹⁰ Interessierte verweise ich ins Internet auf die Bundespressekonferenz mit dem Migrationsrat vom 29.06.2015 und die Bürgerpressekonferenz mit de Maizière am 05.09.2015, in denen die erschreckende Informationslosigkeit der Regierung zu diesem Problemkomplex deutlich wird.

gabe ist unerlässlich, wir können sonst einigermaßen „sozialverträglich“ die Flüchtlingsprobleme und die ihnen vorgelagerten Probleme der „vernachlässigten“ Infrastruktur und der sozialen Verarmung, der sozialen Vereisung unseres Landes nicht lösen. Eine gerechte Verteilung der Lasten auf alle Bürger ist das A und O für das Gelingen, sonst wird dieses Land wirklich ein anderes Land, und zwar ein ganz unwohnliches!! Deshalb darf die Frage der Schulden und der Schuldenbremse sowie auch die Frage eventueller Steuererhöhungen (bei den Bessergestellten) kein Tabu sein!

(4) Die Notwendigkeit einer „Revitalisierung des Staates“ ergibt sich auch aus Folgendem: Weder geht ein Überlassen der Problemlösung an „die Märkte“ (z.B. Wohnung, Berufsausbildung, Schule, Sprache, Arbeitsplätze), noch geht ein freies Mobilitätsrecht für alle (notleidenden) Bürger dieser Welt. Der Staat muss auch aus rechtlichen und sozialen Gründen und natürlich auch aus Sicherheitsgründen wieder die Souveränität über seine Grenzen erhalten, über die Frage, wer und wie viele einwandern dürfen/können. Wir brauchen endlich ein Einwanderungsgesetz – neben dem Asylrecht!

(5) Es muss die Priorität auf Wohnen und Arbeit gelegt werden, wenn „das Werk“ gelingen soll. Dabei ist – auch im Interesse des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit bei der Belastungsverteilung – ein „Recht auf unreglementierte Zuwanderung“ und auf völlige und sofortige Gleichbehandlung weder verfassungsrechtlich, noch staats- und sozialpolitisch vertretbar. Menschenwürdiges Asylrecht heißt nicht, völlige Gleichmacherei, zumindest nicht, bis die Asylbewerber als Dauerbürger feststehen. Für Empathie bleibt dennoch ein Riesenfeld – allerdings endlich auch für Empathie gegenüber den Nöten der eigenen Bevölkerung bzw. eigener Bevölkerungsgruppen, Frau Merkel!

(6) Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen: Bei einem weiteren Zustrom in dieser Größenordnung schaffen wir das eben nicht. Gerade im Interesse des Gelingens muss der weitere Zustrom gebremst bzw. verringert und/oder umgeleitet werden, auf alle erdenklichen Arten. Das Asylrecht ist nicht starr – und es gilt noch immer der römische Rechtsgrundsatz: „Unmögliches kann nicht verlangt werden“. Dies erfordert natürlich eine andere Kooperation innerhalb der EU bzw. innerhalb der Euro-Zone, die aber, wie ich schrieb, von der Kanzlerin selbst im Vorwege torpediert wurde. Es ist aber auch richtig, dass das „Unmögliche“ wohl weitere Grenzen hat, als unsere neoliberalen „Staatsverweser“ bisher für möglich und notwendig halten.

(7) Die Erledigung der gewaltigen Aufgaben muss nicht nur unter Kostenaspekten diskutiert werden, sondern diese können auch als kräftiges Konjunkturprogramm organisiert werden (eine „Prise“ Keynes!), vor allem angesichts der Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit in Europa. Überhaupt sollte die aktuelle „Empathie“ sich auch auf die neoliberalen Vereisungen und Entsolidarisierungen umlenken lassen, dies wäre z.B. Aufgabe einer eventuell wach werdenden SPD. Wenn Frau Merkel und Herr Schäuble mit derselben Energie an der Etablierung eines sozialen, und damit solidarischen Europas arbeiten würden, mit der sie jahrelang ökonomisch kontraproduktive und sozial schreiend ungerechte sog. „Reformen“ für die Euro-Problemländer zusammenfieselten, könnte was draus werden! Die Kanzlerin muss natürlich auch, das wäre ein erster Schritt des Umdenkens, ihre bisherige sozial verheerende und ökonomisch verquere sogenannte Sanierungspolitik in der Euro-Schuldenproblematik ändern.

(8) Wenn die EU von „Wertegemeinschaft“ spricht und „Bekämpfung der Ursachen“, muss sie die Wirtschaftsunion nach innen durch eine Sozialunion ergänzen und in ihren ökonomischen und politischen Außenbeziehungen einige radikale Wendungen, z.B. eine Abkehr von ihrer bisherigen Handels- und Globalisierungspolitik, vollziehen (das geht natürlich nicht mit TTIP und TISA). Bei der Aufzählung der Werte unserer angeblichen „Wertegemeinschaft“ fehlten bisher bezeichnenderweise immer die Werte „soziale Sicherheit, gleiche Gesundheitsversorgung, Bildungsgerechtigkeit, geschützte Arbeitswelt“. Es ist stets nur von Meinungs-, Gläubens-, Pressefreiheit, von sexuellen und geschlechtlichen Diskriminierungsverboten die Rede. Das ist verräterisch für die Ausrichtung der EU und muss geändert werden! Wenn die Kanzlerin das nicht angeht, zeigt sie, dass ihre plötzliche Empathie nur eine populistische Volte war, oder dass sie blind ist gegenüber den sozialen Notwendigkeiten aufgrund ihrer unausgesprochenen Leitideologie, dem Neoliberalismus. Die Kanzlerin und die EU müssen vor allem endlich das moralisch erbärmliche, menschlich verbrecherische und politisch unendlich dumme totale Zugucken beenden, wie Millionen Flüchtlinge in den Krisengebieten vor die Hunde gehen (im TV am Tag der Internationalen Solidarität am 20.12.2015 noch einmal fassungslos zu sehen!). Das ist die Kanzlerin auch ihrem Amtseid schuldig, „Schaden vom deutschen Volke zu wenden“, denn diese desaströse Untätigkeit programmiert weitere Millionenwellen von Flüchtlingen! Stattdessen haut Frankreich, wenn auch psychologisch verständlich, in Bush-Manier militärisch auf die Pauke, und die Merkel-Regierung hat, statt rasch zu helfen (s.o.) nichts Schlechteres zu tun, als einen kaum durchdachten, militärisch unnötigen, politisch riskanten, symbolischen, aber teuren Teilhaberkrieg zu führen, über den sich die GROKO in einer Woche verständigte (wieder mein Stoßseufzer nach Helmut

Schmidt!). Die oben bezeichnete Hilfe für die Flüchtlingslager wäre ein viel intensiverer Beitrag im „Krieg gegen den Terrorismus“, stattdessen konfuses Gefummel an der „Zugzugsfront“ statt strategischer Weitsicht.

(9) Diese Weitsicht zwingt u.a. die Erkenntnis auf, dass uns das Flüchtlingsproblem nicht verlässt, sondern in den kommenden Jahrzehnten, u.a. auch durch kräftiges Zutun des „Westens“, wohl das internationale Problem sein wird. Die „Internationale Organisation für Migration“ schätzt für 2050 allein 200 Millionen Klimaflüchtlinge. Der Chef der „Munich-Re“ (ehemals „Münchner Rück“), Nikolaus von Bomhard, der es wissen muss, spricht in einem SPIEGEL-Interview: „*Ich fürchte, wir sehen bislang lediglich die Spitze des Eisbergs. Schon jetzt sind etwa 60 Millionen weltweit unterwegs. Die Zahl wird steigen, wenn es nicht gelingt, die stetig zunehmenden Konflikte in so vielen Ländern einzudämmen, und wenn der Klimawandel voranschreitet. Der Klimawandel hat das Potenzial, zu einem Haupttreiber künftiger Wanderungsbewegungen zu werden.*“¹¹ Deutschland und die EU müssen sich damit endlich grundsätzlich auseinandersetzen; die EU-Kommission rechnet bis Ende 2017 mit circa 3 Millionen weiteren Flüchtlingen nach Europa. (Ähnlich rechnet für Deutschland die Deutsche Bundesbank in ihrem „Monatsbericht 12/2015“.) Das wird uns schmerzhafte Umdenkungsprozesse abverlangen. Noch etwas bisher kaum Diskutiertes kommt dazu: Die Welt wird immer jünger; das Median-Alter der Menschheit liegt momentan bei unter 27 Jahren. Bis 2030 werden 1,2 Milliarden Jugendliche zusätzlich nach Arbeit suchen; Prognosen gehen aber nur von plus 300 Millionen neuen Arbeitsplätzen durch Wachstum und z.B. ausstehende Verrentungen aus. 1,2 Milliarden Jugendliche müssen also 300 Millionen Arbeitsplätzen hinterher jagen. Es ist

¹¹ SPIEGEL, Heft 44/2015, S. 77

absehbar, das auch hier Wanderungsbewegungen entstehen. Die Trennung zwischen Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlingen wird immer fragwürdiger (siehe z.B. den aktuellen Zerfall des Kosovo).

(10) Die EU muss im Interesse ihres Funktionierens, z.B. Solidarprinzip in der Flüchtlingsfrage, wesentlich intensiver anti-demokratischen Tendenzen in den Mitgliedsländern entgegenwirken (z.B. Ungarn, Polen, bald auch Frankreich – und zwar nicht erst mit Le Pen, auch aktuell scheint mir in Frankreich, wenn auch psychologisch verständlich, einiges in eine gefährliche Richtung zu laufen). Da wäre diplomatische, evtl. auch sanktionsbelastete Kleinarbeit und Mut vor Freunden wichtig. Ich sage aber auch: Wie das jetzt beim aktuellen Zustand der EU gehen soll, ist fraglich.

(11) Es wäre im Interesse des Gelingens vonnöten, dass die Kanzlerin und der Vizekanzler, ähnlich wie bei der Finanzkatastrophe 2009, eine soziale Garantie-Erklärung abgeben! Vielleicht könnten die Beiden, anders als 2009, wo Merkel die unglaublichen Lasten der Bankenrettung auf die Steuerzahler übertrug, dieses Versprechen mit der Garantie einer gerechten für alle Bürger und Institutionen gleichermaßen anteiligen steuerlichen Belastung verbinden. Da wäre Empathie und politische Führung gefragt! Und um das ganze Problem so handhaben zu können, genügt es nicht, einem schon überforderten Herrn Weise noch ein Amt aufzubürden, sondern für eine stabile, fundierte „Substruktur“ des Regierungshandelns in dieser uns noch mindestens 10 Jahre, wenn nicht auf Dauer beschäftigenden Mammutaufgabe zu sorgen und parallel einen kompetenten Beirat zu gründen, der diese Programme „federführend“ begleitet (also politischer als die von Augstein vorgeschlagene Enquete-Kommission, die so ähnlich ja Anfang 2015 auch der Rat für Migration als „Leitbild-

Kommission“ vorschlug – schließt sich im übrigen ja auch nicht aus). Mitglieder: Vertreter von Sozialverbänden, Arbeitgebern, Gewerkschaften, Kirchen, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, NOG's. Dieser Beirat könnte dann u.a. auch einmal klären, was denn unsere viel bereitete „Wertekultur“ wirklich ausmacht, um so auch die „Reziprozität“ der Integration für beide Seiten zu verdeutlichen und voranzutreiben. Dass dieses Land nun ein etwas anderes wird ist klar; sorgen wir dafür, dass es ein gutes Land bleibt, vielleicht sogar ein besseres wird, frei von den sozialen Vereisungen der letzten Jahre. Zu den dazu nötigen Änderungen und Prozessen ist das politische Berlin allein nicht fähig!

(12) Und so könnte auch für die BRD und die EU angesichts des Langzeitproblems Flucht endlich eine konzeptionelle Politik entwickelt werden, die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sinnvoll verbindet und das bisher ungelöste Problem des Rückzugs handhabbar macht (i.d.R. sind die Asylbewilligungen bei uns auf 3 Jahre befristet), also die Schwierigkeit, Integration so schnell und so intensiv wie möglich zu fordern und zu fördern, aber das Leben auf Abruf steht dem eigentlich entgegen! Andererseits brauchen die Fluchtstaaten nach Befriedigung oder Wiederherstellung als bewohnbares Land die Jungen zum Wiederaufbau. Noch schwieriger wird das Rückzugsproblem bei Ländern, die unbewohnbar geworden sind – es gibt also viel zu klären und zu regeln. All das ist nicht einmal im Ansatz durchgespielt! Die dpa meldet:

„Besonders besorgt zeigte sich das Flüchtlingshilfswerk der UN darüber, dass nicht nur die Zahl neuer Flüchtlinge weltweit im Steigen begriffen ist, sondern in der ersten Jahreshälfte 2015 auch verhältnismäßig wenige Menschen in ihre Heimat zurückkehren konnten. Dies sei ein deutliches Anzeichen dafür,

dass es zahlreiche ungelöste Brandherde auf der Welt gäbe, hieß es.“¹²

(13) Das Resümee aus den bisherigen Punkten: Das Flüchtlingsproblem hat uns nicht überfallen – aber auch der Blindeste kann jetzt sehen, dass hier eine neue weltpolitische Lage entsteht. Die Probleme auf dem Globus eskalieren – u.a. durch eine forcierte turbokapitalistische Globalisierung – und sie finden nicht mehr „weit dahinten auf dem Balkan, wo die Völker aufeinander schlagen“ statt, sondern die „Weltinformationsgemeinschaft“ und die Globalisierung schlagen auf uns zurück: Der große Treck hat begonnen und wird wachsen und sich verstetigen, wie geschildert, denn ich sehe keine politische oder ökonomische Konstellation, die dem gegensteuert! Die Fachleute gehen schon jetzt von einem Anstieg der Flüchtlingswelle in 2016 aus. Die absehbaren Weltklimaszenarien versprechen neue millionenfache Flüchtlingswellen wegen Hunger, Durst, Überflutung. Sehen wir hier auch nur ansatzweise eine Strategie der EU oder unserer Bundesregierung? Der UN-Flüchtlingshochkommissar Gutierrez fordert einen „new deal der Staatengemeinschaft“. Es sind übrigens die alten Probleme, die wir seit Jahren/Jahrzehnten mit Deklarationen zukleisterten! Sie wachsen angesichts der unbegrenzten Globalisierung und die Menschen weigern sich zunehmend, auf ihren Feldern zu verrecken. Denn etwas Neues ist eingetreten: Die Elenden dieser Welt wissen durch die Internet-Medien alles über ihre Situation und „die Welt da draußen“. Der Internet-Dienst TELEPOLIS spricht von

„Flüchtlingsströmen, die durch zirkulierende Informationen, Gerüchte, Empfehlungen und Warnungen als eine Art Flash-Mob von unten entstanden sind und sich selbst organisierend schwarmförmig verhalten, ... diese Massen,

¹² dpa, 18.12.2015

die aus dem Verhalten der einzelnen Menschen entstehen, dass sich über die Kommunikation und die Medienöffentlichkeit in Echtzeit zu einer kollektiven, aber von niemanden gelenkten und letztlich unvorhersehbaren Dynamik entfaltet.“¹³

Hört und sieht das Keiner bei uns?! War in Merkels angeblich toller Rede auf dem CDU-Parteitag auch nur ein Absatz zur wahren Problematik? Aus Furcht vor einem „Kippen der Stimmung“ belügt die Politik zuerst sich selbst und dann die Bürger (unter tätiger Mithilfe der Medien), und stößt damit die Stimmung erst recht um – und dann könnten die Reaktionen höchst irrational sein (ich ahne z.B. in absehbarer Zeit einen Rückfall von BILD in ihre alte, dumpfe Rolle).

(14) Ginge all das nicht, was hier als unabdingbar gefordert wird, sollte z.B. ein Eindämmen und Lenken der Flüchtlingsströme, vor allem nach Deutschland, in und mit der EU nicht organisierbar sein, wird wohl über kurz oder lang über eine Re-Organisation der EU verhandelt werden müssen, wenn das Projekt nicht ganz scheitern soll. Das setzt aber eine deutlich veränderte wirtschaftspolitische Haltung Deutschlands innerhalb Europas voraus.¹⁴ Unsere grandiosen Euro- und Europa-Politiker haben, wie von vielen Sachkennern längst prophezeit, die Karre so in den Morast gesteuert, dass nun das ganze Projekt zur Disposition steht, wenn nicht gar implodiert. Aktuelle Belege: Immer noch keine Ruck-zuck-Aktion für die Flüchtlingslager; die Hilfslosigkeit gegenüber der polnischen Regierung; die Fokussierung der Debatte nach den Silvester-Ereignissen auf wahlpopulistische Straf- bzw. Polizeifragen statt auf ebenso notwendige innere Ruck-zuck-Aktivitäten betreffend Integration (Sprach-

¹³ 16.09.2015

¹⁴ Das alles habe ich in meinem Buch „Rettet Europa, nicht nur die Banken“, a.a.O. ausführlich beschrieben.

und Integrations-Kurse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw.) Die Merkelsche Europapolitik ist seit 2009 eine historische Katastrophe.

Es bleibt mein Urteil: Wir, vor allem die Medien, haben den selbstverständlichen Anspruch an verantwortliche Politik und verantwortliche Politiker „zum Wohle des Volkes“ immer mehr aufgegeben. Und nun haben wir die Politiker, die wir eigentlich nicht haben wollten, aber so herbeigerufen haben: ange-

passt, konfliktscheu, populistisch, oft sträflich dumm, erfahrungs- und perspektivlos, aber stets freundlich und uns nicht fordernd! Armes Deutschland? Es wird in der aktuellen Flüchtlingsproblematik und in der vor- und nachgelagerten EU-Innen- und -Außenpolitik angesichts der Versäumnisse und katastrophalen Fehleinschätzungen der alten politischen Führungsgarde wohl vor dem Tribunal der Geschichte auf ein „schuldig“ zulaufen, wenn die Ruder nicht herumgerissen werden.

